

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postkontokonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 13

Sonnabend, den 28. März 1925

29. Jahrgang

Gegen das agrarisch-schwerindustrielle Bündnis

Die deutsche Schwerindustrie hat den früheren Oberbürgermeister von Duisburg und ehemaligen Reichsinnenminister Dr. Jarres zum Reichspräsidenten-Kandidaten bestimmt, und die Leute vom Reichslandbund versammelten sich darauf in Berlin, um eben denselben Dr. Jarres auch auf ihr Schild zu erheben. Schlotbarone und Ritter von Har und Halm werden also am Sonntag, dem 29. März, gemeinsam kämpfen gegen die Republik und die Arbeiterschaft!

Wahlbündnis, das heißt in diesem Falle mehr als je Wirtschaftsbündnis. Es ist ein Bündnis zwischen Wirtschaftsinteressen, die seit Jahren jene unnütze Wirtschaftspolitik betreiben, die durch Wucherpreise den Warenabsatz systematisch erschöpfte, die Produktion brachlegte und das Heer der Arbeitslosen täglich vermehrte. Die augenblickliche Wirtschaftskrise ist das Ergebnis dieser Politik. Allmächtig sind diese Leute in der Regierung der Republik geworden: im Wirtschafts-, Finanz- und im Ernährungsministerium haben sie ihre Vertreter als Minister sitzen, weshalb es nicht Wunder nehmen kann, daß dort die Geschäfte der Unternehmer und der Großlandwirtschaft erledigt, nicht aber die Interessen der Massen, des ganzen Volkes, gewahrt werden. Jetzt holen diese Kreise zum entscheidenden Schlage aus: es gilt, auch das höchste Amt in der Republik in ihren Besitz zu bringen, das Amt des deutschen Reichspräsidenten. Jahrelang haben sie den Wahlkampf vorbereitet: der berühmte Oberst Nicolaï, ehemals Chef der kaiserlichen Spionageabteilung während des Krieges, der Leute, die sich für den Verständigungsfrieden einsetzten, einfach ins Irrenhaus sperren, für eine Besserung der Ernährungslage streikende Metallarbeiter kurzerhand in den Schützengräben schießen ließ, infizierte mit dem Gelb der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes den Barnat-Schwindel, und die nationale Agitatoren kauften für den Magdeburger Prozeß als Zeugen gegen den verstorbenen Ebert Arbeiter, die von ihren ehrsüchtigen und entrüsteten Kollegen vor Gericht als Lügner und Lumpen bezeichnet wurden. Alles das geschah und geschieht, um das Vertrauen der Massen zur Republik und zu ihren Führern zu erschüttern.

Wenn die Herren von der Schwerindustrie und vom Reichslandbund nun schon ihre überflüssigen Millionen für solche Zwecke verwenden, verfolgen sie schon ganz bestimmte Ziele. Diese Leute sind nicht gewohnt, Geld unruhig zum Fenster hinauszuwerfen.

Über diese Ziele selbst kann kein Zweifel bestehen. Sie gehen in erster Linie den Gewerkschaftern an: der Industrie und Landwirtschaft ist alles daran gelegen, die jegliche Politik der überhöhten Preise und des ungerecht verteilten Steuerdrucks aufrechtzuerhalten. Sie wissen aber genau, daß diese Politik zu Arbeitslosigkeit führen muß, und bilden sich ein, Streiks und Ausstände einfach durch Verbote unterdrücken zu können. Schon während des Eisenbahnstreiks wollte die Regierung mit einem Streikverbot der Bewegung den Garaus machen und die Agrarier drängen bei ihren Vertrauensleuten in der Regierung auf ein Gesetz, mit dem sie eventuelle Frühjahrstreiks der Landarbeiter totmachen können. Wenn man vor der Wahl des Reichspräsidenten davon absah, geschah es nur deshalb, um den Arbeitern, Beamten und Angestellten nicht die Augen zu früh darüber zu öffnen, was ein Dr. Jarres für sie als Reichspräsident bedeutet. Sie folgten, indem sie Zurückhaltung übten, dem Gebote listiger Klugheit; indem sie auf ein Eingreifen schon jetzt verzichteten, wollten sie den letzten Schlag um so wirksamer führen. Dafür haben sie das Amt des Reichspräsidenten nötig. Sie wissen, daß die Macht des Reichspräsidenten groß ist. Diese kann den Arbeitern zum Segen gereichen, wenn sie ein Mann ausübt, der mit den Massen fühlt. Sie wird aber für Arbeiter, Beamte und Angestellte zum Fluch werden und ein Unglück sein, wenn Herr Jarres sie im Interesse der Schwerindustrie und Agrarier mißbraucht.

Mißbraucht aber soll sie werden in der Sozialpolitik. Wenn Schlotbarone und Agrarier öffentlich durch die Kandidatur Jarres ihre Bundesgenossenschaft dokumentieren, so wächst diese Freundschaft auf dem Plan, sich gegenseitig die längstbegehrten Hochschußbälle zu sichern. Glück dieser Plan, dann wird man sich gegenseitig Hochschußbälle für Eisen-, Fleisch, Getreide, Gemüse usw. bewilligen — und das Volk wird dann jeden Stimmzettel, der für Jarres abgegeben wurde, damit bezahlen, daß der Wotkorb höher gehängt werden muß. Schlotbarone und Agrarier werden dann mit ihren Hochschußbällen den deutschen Markt ganz abschließen, ihre Monopole vollständig machen, willkürliche Wucherpreise diktieren und das Volk als wehrloses Ausbeutungsobjekt benutzen. Darum geht das Spiel auch am 29. März! Das ist der Sinn der agrarisch-schwerindustriellen Wahlmagogie. Schon jetzt ist infolge von Produktionsbeschränkungen der Preis für Eisen um 30—40 Mk. gestiegen und der Brotpreis um 35—40 Prozent teurer als im Frieden und vor einem Jahr. Das sind die Früchte der Kapitalneubildungspolitik untrer Schlotbarone und Agrarier, die Folgen des letzten Reichstagswahlkampfes, der diesen Leuten die Regierung in der Republik auslieferte. Was tut es ihnen, wenn sich der Warenabsatz von Tag zu Tag verringert und die Industrie täglich schlimmer wird? Die sich mehrenden Arbeitslosen sind ja für sie die industrielle Reservearmee, die sowohl Landwirtschaft als auch Industrie haben wollen, um sie als Lohndruckmittel zu gebrauchen. Wenn sie dazu noch die Erwerbslosenunterstützung abschaffen können, wird ihr bekannter Plan, die Löhne auch nominell zu reduzieren, nur erleichtert.

Dagegen wird am 29. März zu kämpfen sein. Herr Jarres ist der junge Mann der Schwerindustrie. Er war der Vertreter des Sinneslosen Plans, unsre Westwirtschaft in Rheinland und Westfalen vom Reich loszureißen, um sie den Separatisten und Franzosen zu überlassen. Er wollte Millionen von Arbeitern dem französischen Kapitalismus unter Führung des Herrn Stinnes und unter dem Schutze französischer Bajonette der Ausbeutung bis auf den letzten Blutstropfen preisgeben. Jarres war auch einer der Männer, die der Schwerindustrie die Liebesgabe von 720 Millionen Mark zukanzelten. Er hat so viel für keine Auftraggeber im Topfen- und Stinneskonzern getan, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt, und er wird sich den Bundesgenossen von Ar und Halm und ihren gemeinsamen neuen Ausbeutungsplänen

nicht verjagen. Die Vorstellung, Jarres als Reichspräsident, bietet wirklich „tröstliche Ausichten“.

Es ist deshalb unsre Pflicht, am 29. März geschlossen gegen Jarres aufzumarschieren. Jede Zerspaltung ist wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihr ständiger Machtverlust in den letzten Jahren gezeigt hat, heute doppelt schädlich und muß gerade für die Gewerkschaftsarbeit und die kommenden Wirtschaftskämpfe die bösesten Folgen haben. Am 29. März muß es heißen: Die Republik den Republikanern, den wahren Freunden des Volkes!

Die große Kundgebung der Gewerkschaften am Märzgedenktag.

Der 18. März, jener historische Gedenktag des Freiheitskampfes und der Revolution, gab einen vorzüglichen Rahmen ab, zu einer Kundgebung von nachdrücklicher Wirkung. In diesem Tag versammelten sich die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Gebäude des Reichswirtschaftsrates in Berlin, um gegen die geplante Freiheit der Wohnungswirtschaft, gegen die neue Steuerbelastung der breiten Massen, für die Arbeitslosenfürsorge, für den Achtungstag und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu demonstrieren. Selbst die jegliche Reichsregierung war sich der Bedeutung dieser Zusammenkunft der Repräsentanten von Millionen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten wohl bewußt. Es lagen Schreiben des Reichsstatlers, des Reichswirtschaftsrates und Reichsarbeitsministers vor, worin diese mitteilten, daß Vertreter der Ministerien einverstanden seien. Vom Reichsarbeitsministerium war u. a. Staatssekretär Geib anwesend.

Der Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipart, wies in seiner Eröffnungsrede auf die geschichtliche Rolle des 18. März hin. Er gedenkt der mutigen und beherzten Männer, die sich vor 77 Jahren in Berlin erhoben, und ihren Mut mit dem Leben besiegeln mußten. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der gefallenen Revolutionäre von ihren Plätzen. Genosse Leipart verfehlte nicht, auf den entschlossenen Willen der freien Arbeiterbewegung hinzuweisen, zu kämpfen für die Befestigung des demokratischen Gedankens und der republikanischen Staatsform, gegen den Rückschritt und die Vorherrschaft einzelner Gesellschaftsklassen für den sozialen Fortschritt und gegen jede Unterdrückung. Der starke Beifall der versammelten Vertreter, mit der dieses Bekenntnis eines entschlossenen Willens für die Rechte des arbeitenden Volkes einzuweisen, aufgenommen wurden, mag als ein Janal gelten, das den Herrschenden der Politik und der Wirtschaft zu denken geben soll.

Was die Wohnungswirtschaft und ihre zukünftige Gestaltung für die Millionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeutet, das ging aus dem instruktiven Referat des Genossen Dr. Wagner hervor. Als gründlicher Beherrscher der Motive war er in der Lage, die gegenwärtigen Interessen der Haus- und Grundbesitzer, des Baugewerbes und der Bauindustrie einestels und derjenigen der Mieter in farbigen Bildern aufzuzeichnen und einander gegenüberzustellen. Die von jenen geforderte freie Wohnungswirtschaft würde nicht nur die Mietsfrage der Vorkriegszeit, sondern weit darüber hinaus zur Voraussetzung geben. 40 Prozent seines Einkommens wäre dann jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger dem Hausbesitz zu opfern verpflichtet. Demgegenüber forderte der Redner ein Reichswohnungsrecht, wie es im § 155 der Reichsverfassung verprochen wurde. Doch sei der edle Grundgedanke, jeder deutschen Familie eine gesunde Wohnung zu geben, wenn die Millionen Wohnungsinhaber in geschlossener Phalanx zusammenstehen. Die Genossen Falkenberg vom ADGB, Reichel vom ADGB und Pirrmann von der Na ergänzten die Ausführung des Referenten und zeigten ihrerseits, daß die Arbeiter, Angestellten- und Beamtenchaft den Forderungen des Referenten reflexlos zustimmt.

Eine andre Seite der proletarischen Sorgen und der sozialen Ungerechtigkeit schlug der Genosse Tharnow an, der über die neuen Steuerentwürfe der Regierung sprach. Schonung des Besitzes, Belastung der Bescheiden, sei das unverrückbare Merkmal dieser Steuervorlage der Reichsregierung. Ein tieferes Durchdringen der Materie verjagte den Redner in die Lage, die reaktionäre Seite der Steuervorlage herauszuheben und damit die ganze Tendenz der Steuergesetzgebung der Regierung Luther-Schleier-Schleien zu kennzeichnen. Geradezu lächerlich sei es, die Schonung des Besitzes mit der Notwendigkeit der Kapitalbildung zu begründen, wo früher Arbeit und Sparsamkeit der großen Masse als die kapitalbildenden Kräfte bezeichnet seien. Was die indirekten Steuern und die Lohnsteuer für das Volk bedeuten, verstand der Redner anschaulich herauszuheben. Auch sonst erfuhren die Steuervorlagen durch Tharnow eine so herbe Kritik, die durch die lebhafteste Zustimmung der Versammelten zur Meinung der Versammlung gestempelt wurden, daß die Regierung unmöglich an dieser vorübergehen kann.

Das Problem der Arbeitslosenfürsorge fand in dem Genossen Spliedt einen sachkundigen und gewandten Vertreter. Das Ziel der Arbeitslosenfürsorge müsse eine Arbeitslosenversicherung sein, wobei die Verwaltung und Geschäftsführung in den Händen der Versicherten bleiben müsse. Die Frage, ob die Industrie die Kosten dieser Versicherung tragen könne, wurde vom Redner bejaht und fand hierbei Gelegenheit, die soziale Belastung der Wirtschaft überhaupt zu streifen. Diese sei, gemessen am gemeinsamen Goldwert, keineswegs höher als 1914. Die Vertreter der Regierung dürften aus den Worten Spliedts entnehmen haben, wie die organisierte Volksmasse über die Arbeitslosenfürsorge denkt. Genosse Quasid vom Landarbeiterverband streifte die Frage der Eingliederung der Landarbeiter.

Als letzter Punkt kam die Frage des Arbeitszeitgesetzes zur Verhandlung. Genosse Aufhäuser als Referent entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. Die geschliche Sicherung des achtstündigen Arbeitstages in Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei das Ziel der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen und müsse die Bewirklichung entsprechender gesetzlicher Maßnahmen von der Regierung gefordert werden. Genosse Aufhäuser setzte sich mit jenen Wissenschaftlern auseinander, die früher die Forderungen der Arbeitszeitverkürzungen warm vertreteten, jetzt aber in das Lager der Gegenseite übergetreten seien. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten seien auf sich selbst gestellt und können auf keinen Beistand als auf eigene Kraft rechnen. Verjage die Regierung in der Vorlage eines günstigen Arbeitszeitgesetzes oder schiebe sie die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens hinaus, dann sei die Durchführung des Volks-

entscheidendes einbringendes Gebot der Stunde. Der lebhafteste Beifall, der diesen Ausführungen folgte, gestaltete sich zu einer einheitlichen Kundgebung für die internationale Festlegung und geschliche Sicherung des Achtstundentags.

Alles in allem eine wirkungsvolle Demonstration der Vertreter der Millionen Hand- und Kopfarbeiter zu den Problemen der Zeit. Ein entschlossener Wille, gestützt auf klare und durchführbare Forderungen und gepart mit frischem Kampfesmut, das war der Grundton, der durch alle Reden hindurchklang. Er wird sich fortpflanzen bis in die entferntesten Winkel des Reichs. Hoffentlich hat auch die Reichsregierung ein Ohr für das Grollen des Zyklopes.

Reichsversicherungsordnung und Unfallversicherung.

Die zahlreichen Änderungen der Reichsversicherungsordnung, wie sie während des Krieges und in der ihm folgenden Zeit vorgenommen werden mußten, um ihre Vorschriften einigermaßen den bestehenden Bedürfnissen anzupassen, haben die deutsche Sozialversicherung völlig unübersichtlich gemacht. Dem abzuhelfen hat das Reichsarbeitsministerium vor kurzem eine Eingliederung dieser Änderungen in die Reichsversicherungsordnung vorgenommen und diese in ihrer neuen Fassung bekanntgegeben. Hieraus konnte entnommen werden, daß die Reichsversicherungsordnung nun auf längere Zeit von weiteren Änderungen verschont bleiben und endlich darauf gegangen würde, ihre gründliche Reform durch die Neugestaltung und Vereinheitlichung der deutschen Sozialversicherung einzuleiten, wie sie seit Jahrzehnten von den namhaftesten Versicherungstheoretikern wie von der Arbeitnehmerchaft gefordert wird. Hat jedoch schon der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums über verschiedene Änderungen der Krankenversicherung diese Erwartungen enttäuscht, so noch in höherem Grade der nunmehr vorliegende Entwurf einer Änderung der Unfallversicherung. Er läßt als feststehend ansetzen, daß die alte Fiktion fortgesetzt wird, und zwar auf Kosten der Arbeitnehmer.

Noch vor wenigen Wochen hat das Reichsarbeitsministerium auf das Gesicht der Unternehmer über die für die deutsche Wirtschaft unerträglichen sozialen Lasten den Nachweis erbracht, daß die bestehenden Bestimmungen auf maßvoller Ueberreibung beruhen, ein Abbau der Sozialversicherung deshalb nicht notwendig ist. Wie die angeführten Entwürfe jedoch zeigen, hat das Reichsarbeitsministerium sehr schnell umgelernt und ist nun bemüht, den Wünschen der Unternehmer im weitesten Umfang nachzukommen. Ob sich die Absichten des Reichsarbeitsministeriums auf den Abbau der Sozialversicherung in diesen Entwürfen erschöpfen, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen. Nicht ausgeschlossen ist, daß auch noch die Invaliden- und Angestelltenversicherung nach dem gleichen Muster an die Reihe kommen. Geschieht das, so ist die alte Unübersichtlichkeit bei der Versicherungsangelegenheit wieder hergestellt, die es den Versicherten unmöglich macht, sich in ihrem Wirkwaren zurechtzufinden. Wozu brauchen sie aber auch zu wissen, welche Rechte aus dieser Arbeitnehmerversicherung ihnen zustehen! Es genügt, daß der beabsichtigte Zweck der Verschlechterung erreicht ist, die Unternehmer in dem von ihnen geforderten Umfange entlastet werden.

Eine objektive Betrachtung gebietet, anzuerkennen, daß nicht alle darin enthaltenen Vorschläge auf eine Verschlechterung der Lage der Versicherten hinauslaufen. Einzelne Verbesserungen sind tatsächlich vorhanden. So z. B. in der Richtung einer Erweiterung der Versicherungspflicht, der Heilfürsorge der Berufsgenossenschaften, der Krankenbehandlung, der Unfallverhütung, der Aufsichtstätigkeit des Reichsversicherungsamts und der Einführung der Berufsfürsorge, ähnlich wie sie bisher für die Kriegsbeschädigten besteht, die sich dort gut bewährt. Von einer Änderung der Organisation der Berufsgenossenschaften sowie einer gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer an ihrer Verwaltungstätigkeit und der Unfallverhütung enthält dagegen der Entwurf nichts. So dringen notwendig es auch wäre, die Arbeitnehmer wenigstens an dieser letzteren Tätigkeit zu beteiligen, so wenig ist den dahingehenden Wünschen Rechnung getragen. Die Arbeitnehmer sollen hiernach auch in Zukunft lediglich Objekt der Unfallversicherung bleiben.

Alles was in dem Entwurf an Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand vorhanden ist, wird aber aufgewogen durch die vorgeschlagenen Änderungen der geschlichen Leistungen. Die bisher bestandene Drittelungsgrenze, d. h. die Bestimmung, nach welcher bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes der den Betrag von 1500 Mk. übersteigende Teil nur zu einem Drittel angerechnet wird, fällt zwar fort. Doch ist es dem Reichsarbeitsministerium anheimgestellt, einen Höchstbetrag für die volle Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes festzusetzen. Nach der Begründung des Entwurfs wird sich diese Höchstgrenze auf etwa 6000 Mk. stellen. Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes soll in der bisher üblichen Weise erfolgen. Als Jahresarbeitsverdienst würde also der Verdienst gelten, den der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall im Betriebe bezogen hat. War er in ihm noch kein volles Jahr beschäftigt, so wäre der in der Zeit seiner Beschäftigung durchschnittlich erzielte Tagesverdienst oder der Verdienst eines ähnlichen Arbeitnehmers maßgebend.

Bei durch Unfall verursachter voller Erwerbsunfähigkeit soll die Rente 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Seither betrug die in solchem Falle zu gewöhnliche Vollrente 66½ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes. Es tritt also eine kleine Erhöhung ein, die bei Verletzten mit ehelichen oder diesen gleichgestellten Kindern um eine 10prozentige Kinderzulage ergänzt wird. Anspruch auf die 70prozentige Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes und Gewährung der Kinderzulage haben aber nur diejenigen Verletzten, deren Erwerbsfähigkeit durch den Unfall um mindestens 50 Prozent herabgesetzt ist. Alle übrigen Verletzten, die weniger als die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit einbüßten, bleiben von der Kinderzulage ausgeschlossen, ferner wird ihrer Rentenberechnung nur der halbe Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt. Ferner sollen Verletzten, die eine Erwerbsbeschränkung von weniger als 20 Prozent hervorrufen, völlig entschädigungslos bleiben, außerdem Renten bis zu 33½ Prozent abgefunden werden können.

Gegen die Besserstellung der Schwerverletzten ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Mit aller Entschiedenheit muß aber dagegen protestiert werden, daß diese Sonderberechtigung auf Kosten ihrer späteren Rentenbezüge sowie der Leichterverletzten stattfindet. Erfahrungsmäßig bilden die Schweren Verletzungen bei

der Unfallversicherung die Minderzahl; die Renten bis zu 50 Prozent überwiegen bei weitem. Aber auch die Schwerverletzten und völlig Erwerbsunfähigen verbleiben nicht dauernd in diesem Zustande. Derselbe bessert sich allmählich, womit eine Herabsetzung der Rente verbunden ist, die meist sehr bald unter 50 Prozent herabsinkt. Mit diesem Augenblick verliert der verheiratete Verletzte nicht nur den Anspruch auf den Weiterbezug der Kinderrente, sondern wird zugleich wie seine ledigen Leidensgefährten den Leichtverletzten gleichgestellt, d. h., der ihm für die weitere Folge zu zahlende Rente wird ebenfalls nur der halbe Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt. Wie das wirkt, ist aus nachstehendem Beispiel für einen verheirateten Verletzten mit zwei Kindern zu ersehen:

Seitherige Rente bei 1800 Mk. Jahresarbeitsverdienst	1200 Mk.
nach dem Entwurf 1250 Mk. und Kinderzulage	1512
Seitherige 40prozentige Rente	480
nach dem Entwurf	360

Dem vorübergehenden Vorteil folgt also eine unter Umständen lebenslängliche schwere Benachteiligung, die in gleicher Weise alle unter 50 Prozent erwerbsunfähigen Verletzten trifft. Das ist eine Ungerechtigkeit, die für einen sehr großen Teil der Verletzten zu den schwersten Härten führen muß. Das gleiche trifft wenn auch in geringerem Grade für den beabsichtigten Wegfall der Renten bis zu 20 Prozent zu. Diese Renten sind für zahlreiche Verletzte keineswegs so unerheblich, daß sie durch ihre Aufhebung etwa wirtschaftlich nicht empfindlich benachteiligt werden. Das aber nicht allein. Die in dem Entwurf vorgesehene Rentenberechnung bietet für die Berufsgenossenschaften den Anreiz zur rigorossten Rentendrückerlei, die ihnen außerdem durch verschiedene der vorgeschlagenen Bestimmungen außerordentlich erleichtert wird. Diesen Nachteilen gegenüber bieten die vorgesehene Verbesserungen den Verletzten keinen angemessenen Ausgleich. Der Entwurf ist deshalb in dieser Form für die Arbeitnehmer unannehmbar und erfordert eine gründliche Abänderung.

Aus dem Westerwald.

Vom 7. bis 14. März besuchte Schreiber dieser Zeilen einige Zahlstellen des Westerwaldes und fand dort bestätigt, was auf der kurz vorher tagenden Gantouferenz in Wiesbaden zum Ausdruck kam — müßergültige und mangelhafte, vorgeschrittene und zurückgebliebene, leider aber auch außerordentlich zurückgegangene Zahlstellen. Daß gutgeleitete Zahlstellen auch entsprechende Erfolge aufweisen können, beweist unter anderem die Zahlstelle Delingen, die nicht nur ungeschwächt, sondern gestärkt aus den Wirren der Nachkriegszeit hervorgegangen ist. Dementprechend verlief auch die dortige Versammlung in müßergültiger Weise. Gut besuchte Versammlungen fanden auch statt in Alpentrod und Mehrenberg. In Beilstein machte das schlechte Wetter einen Strich durch die Rechnung; trotz anhaltenden Schneegestäubers fanden sich jedoch einige Kollegen ein, um über die erforderlichen Schritte zur Behebung der Zahlstellen zu beraten. In Zinbain kam seitens der verbandstreuen Kollegen der gleiche Wille zum Ausdruck. Hier, wie an anderen Orten gilt es, die Interessen der Fach- und Hilfsarbeiter gemeinsam zu vertreten, denn nur auf diese Weise wird es möglich sein, beiden Gruppen einigermaßen gerecht zu werden.

Am Stöffel konnte im Uhrmacherischen Betrieb eine Versammlung abgehalten werden, da dieser geschützter Lag als die beiden Nachbarbetriebe Adrian und Linzer Basalt A.-G., deren Beleg-

schaften den Schneefürmen weichen mußten. Besonderes Interesse erweckten die im Bau befindlichen neuzeitlichen Brecheranlagen der zuletzt genannten Firmen. Namentlich die Anlage der Linzer Basalt A.-G. verdient besondere Beachtung, da die Arbeiter bei ihrer praktischen Einrichtung weniger unter den Staubwirkungen zu leiden haben werden. Beide Betriebe richten sich auf eine gewaltige Zunahme ihrer Produktion ein, was unseren gegenwärtig und künftig in der Steinindustrie beschäftigten Kollegen ja nur angenehm sein kann. An Abzug wird es in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht mangeln.

Den Schluß der Tour bildete ein Besuch des Geilnauer Werkes. Leider war auch hier der größte Teil der gut organisierten Kollegenschaft durch das ungünstige Wetter an der Arbeit und damit an der Teilnahme an der Versammlung, welche im Betrieb stattfand, verhindert. In Verbindung mit der Westerwaldtour fand auch eine gut besuchte Versammlung der Zahlstellen Röhndorf und Niederramstadt statt. In dieser, wie in allen anderen Versammlungen, konzentrierte sich das Interesse der Kollegen hauptsächlich auf die im R. A. B. festgelegte Arbeitszeit. In allen Versammlungen kam der feste Wille zum Ausdruck, zu verhindern, daß an die Stelle des tariflich gewährtesten regelmäßigen 8stündigen Arbeitstages, nach dem Wunsch vieler Unternehmer, der regelmäßige 9stündige tritt, und daß die 9te Stunde nur geleistet werden soll, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes vorübergehend erfordern und der 15prozentige Aufschlag für jede angeordnete neunte Stunde gezahlt wird, gleichviel, welche Gesamtzahl an Arbeitsstunden pro Woche oder Monat herauskommt. — Zweifelloser wäre der Erfolg der Tour ein besserer gewesen, wenn nicht ganz programmwidrig der Winter 4 Wochen vor Frühlingsanfang seinen Einzug gehalten hätte. Den Tücken des Winters zum Trotz, muß nun eine um so härtere Agitation von Mund zu Mund einsehen, damit das Ziel, die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte, auch im Westerwald möglichst schnell erreicht wird.

Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht pro IV. Quartal 1924.

Norwegen. Die Preissteigerungen, welche im Herbst 1923 angingen, sind bis heute immer auf der gleichen Höhe geblieben, die Lebensmittel hingegen haben fühlbare Steigerungen erlitten. Auf Grund der selben wurde durch vorherige Urabstimmung beschlossen, sämtliche Tarife auf den 1. Mai 1925 zu kündigen und Lohnforderungen zu stellen. Während des Jahres 1924 hatten wir in der Stragen- und Kansteinindustrie sehr gute Konjunktur und Mangel an Arbeitskräften. Der größte Teil der Produktion wurde nach England exportiert, dann auch wieder nach Frankreich und Belgien. In der Bauplast- und Monumentalbranche bestand etwas Arbeitslosigkeit, immerhin ist in dieser Jahreszeit dies etwas stets sich wiederholendes.

Die Mitgliederzahl ist im stetigen Steigen begriffen. Ende des Jahres hatten wir 1250 Mitglieder und sehen wir der Zukunft hoffnungsvoll entgegen.

Holland (Steinarbeiter). Der Lohnsatz ist seitens der Organisationen gekündigt worden. Es werden Forderungen auf Lohn-erhöhung gestellt, als auch Verbesserungen in der Ferienfrage. Die Unterhandlungen werden demnächst beginnen.

Belgien. Die Jahresrechnung 1924 weist folgende Posten auf: Einnahmen für Kampffonds 688 441 Frank, Arbeitslosen-

691 707 Frank, für Administration 187 487 Frank. Ausgaben: Streits- und Lohnbewegungen 328 588 Frank, Arbeitslosigkeit 543 695 Frank, Administration 193 658 Frank. Der Kassenbestand am Ende des Jahres beläuft sich auf 1 871 412 Frank. Diese Summe ist verteilt auf die Streikliste mit 1 291 947 Frank, Arbeitslosenliste 520 152 Frank und für die Administration 59 312 Frank. Die Regierung hat an unsere Arbeitslosenliste zu bezahlen pro 1923 155 791 Frank, pro 1924 254 250 Frank. Dadurch steigert sich das Verbandsvermögen auf 2 281 455 Frank.

Der Mitgliederbestand und die Zahl der Vollbeschäftigten war im letzten Jahre sehr variabel. Am 31. Dezember hatten wir 294 total Arbeitslose und 817 teilweise Arbeitslose. Im letzten Quartal machte sich speziell in der Kansteinindustrie und auch derjenigen des kleinen Granites eine Krise bemerkbar, welche ohne weiteres sich für das erste Quartal 1925 erhöhen wird.

In den Brüchen von Tournais befinden sich seit 4. Dezember 91 Mann im Streik. Grund: Entlassung von 13 Mann und Lohnreduktionen.

In den Steinbrüchen von Quenast wurden Lohnhöhungen gewährt gemäß der Erhöhung der Indexe. Der Index wies für 15. Oktober 513 auf, ab 15. November 520, 15. Dezember 521.

Es ist zur Zeit die Schaffung einer Pensionskasse für die gesamte Arbeiterschaft von der Regierung geplant. Ab 1. Januar 1926 hat jeder Arbeiter pro Monat 3 Frank in diese Kasse zu bezahlen, der Unternehmer hat die gleiche Summe pro Arbeiter zu entrichten. Mit dem Altersjahr von 65 werden dann jährlich 720 Frank ausbezahlt. Die Arbeiterfrau wird eine Pension von 120 Frank erhalten. Die Auszahlungen geschehen durch die Unternehmer.

Schweiz. Im letzten Quartal legte allgemein eine Krise ein und dies obgleich Mitte desselben die ausländischen Saisonarbeiter teilweise ihre Reisepässe erhielten. Gegen Ende des Jahres verschlimmerte sich die Situation und trat allgemeine Arbeitslosigkeit ein.

Die Steinarbeiter in den Städten haben große Mühe, ihre Position zu halten, die große Konkurrenz vom Lande hat eingelebt. Diese Konkurrenz ist nur durch die niedrigeren Löhne möglich. Immerhin gelang es, etwaige Vorstöße der Unternehmer zur Verschlechterung der Verhältnisse, dank der guten Organisationen, abzuwehren.

Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse haben sich ebenfalls verschlechtert. Die Teuerung der Lebens- und Bedarfsartikel hat in erneuter Weise eingelebt, auch die Wohnzinsen sind immer im Steigen begriffen. Für das Jahr 1925 ist noch weitere Teuerung in Aussicht. Wohl bestehen allerorts Begehren nach Lohnerböschung, jedoch sind die unverständlichen Konkurrenzverhältnisse sehr hindernd. Es ist dringend erwünscht, daß in kommender Periode die ausländischen Steinarbeiter die Landorte meiden.

Am Schluß des letzten Quartals haben die Marmorindustriellen den Landesvertrag gekündigt. Sie beabsichtigen, Verbesserungen durchzuführen, speziell die 48-Stundenwoche zu beseitigen. Da die Organisationen nur in den Städten als gute bezeugt werden können, dürfte diese Bewegung nicht ohne allgemeine Arbeitsmiedelung und hartem Kampf vorbeigehen. Die Unternehmer, meistens Fabrikanten, sind gut organisiert.

In der Pfistersteinbranche herrschte noch allgemein gute Konjunktur und machte sich Mangel an genügenden Arbeitskräften bemerkbar.

Von der Sprache der Steine.

In einem früheren Artikel hat unsre Schriftleitung den Versuch unternommen, in kurzen Strichen für die stumme Sprache der Steine größeres Interesse zu erwecken. Ob ihr das gelungen ist, kann ich — der Steinklopfer-Hannes — natürlich nicht beobachten, dazu müßte man in größerem Betriebe tätig sein und die Meinungen in den Pausen oder auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte hören können. Ich weiß nur aus Büchern und Berichten, daß emsige Forscher und ernste Wissenschaftler dauernd bemüht sind, den Steinen noch recht viel abzulauschen und alles zu dem Zweck, um den Weltkörper, auf dem wir Menschen uns gegenseitig das Leben nicht erträglich machen, in seinem Werden, seinem Befand und seiner weiteren Entwicklung lückenlos zu erfassen. Der Fromme und Gläubige sagt in bezug auf das gegenseitige menschliche Verhalten, das sei der geschichtliche Fluß wie ihn bereits die Bibel uns als Kinder gelehrt hat, da, wo vom Turmbau zu Babel die Rede ist, wo Sprache, Gesinnung und Wille in unverständlichem Rauberwelsch von Schöpfers Hand durcheinander gebracht worden sein soll; und wo es so niederlichmetternd für ein fändliches Gemüt heißt: „Im Schwelge deines Angeichts sollst du dein Brot essen.“ Ich habe aber auch schon vernommen, daß es ein Naturgesetz sein soll, wenn die Menschen sich gegenseitig unterdrücken. Der innere und äußere, gegenseitige, menschliche Krieg in all seinen Schattierungen läßt sie bisher nicht vom vollen Bewußtsein und Willen für den Genuß der kurzen Lebensspanne kommen. Ob nun Naturgesetz oder Bibelglaube oder sonst was, jedenfalls ist der leibliche und geistige Reichtum und Ueberfluß und die bittere Not an diesem, der egoistischen Stachel im Fleisch der Menschen, und wir sehen deshalb in ihrer Kleinheit und größten Gemeinschaft wie Familie und Beruf, Partei und Volk, viel Verleumdung, viel Neid und Böswilligkeit. Im Vergleich zu der ehernen Sprache der Steine ist das ganze menschliche Gebahren im guten wie im bösen, in all seinen Generationen nur ein ganz schwacher Hauch.

Die natürlichen Gesteine soweit sie einem Steinklopfer im weitesten Sinne des Wortes bei seiner beruflichen Tätigkeit in die Hände gelangen, sprechen in ihrer verschiedenen Verwendungsart bei der Steinarbeit ihre unterschiedliche Sprache oder recht drastisch ausgedrückt, ihren besonderen Dialekt. Dieser gründet sich auf die den Steinen innewohnenden besonderen Eigenschaften der Bearbeitbarkeit und nicht zuletzt auf seine Weiterbeständigkeit. Danach kann man die für den mannigfachen Gebrauch verwendbaren Gesteine auch schlechtthin einteilen in Weichsteine (Sandstein, Kalkstein, Marmor, Serpentin, Schiefer) und in Hartgestein (Granit, Gneis, Basalt, Porphyr, Diabas, Dyporit usw.). Die Gewinnung erfolgt meistens im Tagebau, das heißt im oberirdischen Betrieb. Die Gewinnungstättchen heißen kurzweg Steinbrüche, die durchaus nicht immer sich über die Erde erheben, sondern sehr oft in die Erdoberfläche hineingewühlt sind. Ich kenne Steinbrüche dieser Art noch aus jener Zeit, wo ich festend und klopfend, das Glück suchend die deutschen Lande durchstreifte. Diese Steingewinnungstättchen liegen infolge ihrer Ausdehnung und jahrzehntelanger Ausnutzung im offenen Tagebau, tief unter der Erdoberfläche und zeigen dem Beschauder oft eine prachtvolle Felsenbildung. Wohl herrscht an manchen dieser romantischen Stätten heute tiefe Stille weil der Stein außer Mode gekommen ist, andre dieser Brüche sind „erloschen“. Doch auch unterirdische Steinbrüche waren und sind heute noch im Betrieb. Die ausgedehntesten und ausbeutungreichsten befinden sich wohl im Rheinland (Basaltlava und Schiefer).

Außer den Steinbrüchen liefern auch sogenannte Findlinge das benötigte Steinmaterial für den Straßenbau, sowie für Häuser- und Denkmalsbau. Diese Findlinge oder erratische Blöcke, oder Gesteinsgeschlebe, wie sie auch genannt werden, wurden — so habe ich es wenigstens gelesen — durch den Gletscherransport zur Eiszeit von Norden her verfrachtet und blieben nach Niedgang des Eises zurück. Die Steinklopfer oder Steinschläger in Pommern, Mecklenburg, in Ost- und Westpreußen wie überhaupt in der norddeutschen Tiefebene verarbeiten und zerkleinern nun diese in altersgrauer Vorzeit von weißer irrefleiteten Steinblöcke und Steinbrocken. Diese Steine sind ausnahmslos nordischen Ursprungs und meistens Granit. Ein Teil dieser Steine „wächst“ sogar jährlich aus dem Aker des norddeutschen Landmannes heraus; im Volksmund sagt man wenigstens, laundviele glauben es auch. In Wirklichkeit

wächst jedoch kein Stein. Der Vorgang ist einfach so, daß durch Pflügen des Bodens der Stein immer mehr an die Oberfläche kommt oder sich von dieser immer mehr heraushebt, weil die ihn bedeckende oder umgebende Erdrumme durch die Bodenbearbeitung weniger wird. Nur dadurch entsteht die irrtümliche Auffassung: Der Stein wachse aus dem Boden heraus! An Feldrainen in Norddeutschland findet man sehr oft zusammengetragene Steinhaufen, die aus großen und kleinen Findlingen bestehen. Wer zum Beispiel als Feldjugsteiner in Polen, Rußland, Lettland auf dem Ackerboden herumtreiben mußte, hat dort in fast reiner Sandgegend solche Findlinge in großen Mengen feststellen können. Alle die dortigen Steinblöcke und Steinbollen sind auch nordischen Ursprungs. Granit. Zurückgebliebene Spuren aus der Eiszeit.

In Nordschleswig an der Straße von Sonderburg nach Düppel liegt ein großer Findling — der Düppelstein. Er soll über 50 Kubikmeter Inhalt und sein Gewicht 120 Tonnen betragen. In früheren Jahrzehnten sind auch viele Kubikmeter von dem Stein heruntergebaut worden. An den Stein selbst knüpfen sich allerhand dänische Sagen. Früher lag er auf deutschem Gebiet und er war damit der größte Findling in der norddeutschen Tiefebene. Doch nach der deutsch-dänischen Grenzregulierung, die diktiert wurde durch den Verjailler Vertrag, kam das Gebiet zu Dänemark und damit auch der riesige Findlingstein.

Diese Findlingssteine erzählen vom Werden der Erde, der Veränderung ihres Gesichts, erzählen von der Umgestaltung des Klimas. Die Vorfahren der Tiere und Menschen sind auf ihnen herumgeklettert; Leibeigene und Herren haben Eßen und Trinken gegessen und blank geschweert. Die Lebewesen und Pflanzen sind jedoch spurlos vergangen, die Steine aber sind geblieben und bleiben noch. Wie lange? Wer will und kann es ergründen! Was bedeutet gegenüber dem kaum festzustellenden Verfall der Steine die kurze Spanne eines Menschenlebens und die Entwicklung in unzer gärten den Zeit? Es gibt in Nord, Süd, Ost und West von Deutschland gar viele Stätten von Menschenstellungen, deren Straßen und Plätze einfache Findlingssteine umfassen, die im Verlauf von Jahrtausenden durch den Zahn der Zeit nur etwas abgerundet wurden. Sie sind also nicht künstlich behauen oder sachgerecht geschichtet, sie lagen da und bleiben es, sie sehen Geschlechter kommen und gehen; gute und böse Zeiten; Krieg und Frieden, sehen den ewigen Kampf der Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Witterungseinwirkungen runden diese Steine, sonst sind sie unerkennlich. Ihr Vorkommen ist aber so reichlich, daß es im gebirgsarmen nordöstlichen Deutschland viele Steingräber und Schotterwerke gibt. Eine feste Vorstellung von der Masse des Findlingssteinmaterials kann man sich machen, wenn darauf hingewiesen wird, daß allein für den früheren Neubau der mecklenburgischen Chausseen über 1 1/2 Millionen Kubikmeter Findlinge verbraucht und zur jährlichen Erhaltung 87 000 Kubikmeter erforderlich sind — so berichtet uns das „Handbuch der Steinindustrie“.

Der bekannteste und früher beliebteste natürliche Kalkstein, der auch die meisten Steinklopfer verbraucht hat, ist der Sandstein. Seine gegenwärtige Zurückdrängung im Baubereich wird nicht dauernd sein, er wird in der weiteren Entwicklung als Bauwerkstein wieder mehr zur Geltung kommen. Die Sandsteine sind alle Ablagerungs-(Sediment-)gesteine. Das heißt: Sie sind entstanden durch geologische Kräfte, deren Sitz außerhalb der Erdrinde liegt (Atmosphäre, Wasser, Organismen). Die kleinen Quarzörnchen, die Hauptbestandteile des Sandsteins, werden durch verschiedene Bindemittel zusammengehalten; er besteht also, kurz ausgedrückt, aus von der Natur verklebten Sandkörnern. Nach den Bindemitteln richten sich bekanntlich auch die Bezeichnungen der verschiedenen Arten: kießiger, kalkiger, toniger, mergeliger, kaolinhaltiger, eisenhaltiger, dolomitischer Sandstein. Auch die Farbe dieses Gesteins wird vom Bindemittel bestimmt. So sind die ersten fünf genannten Bindemittelarten, grau, gelb bis weiß, die letzten dagegen rot bis braun im Farbenton. Die Größe der Sandkörner beeinflusst die Feinheit der Bearbeitung. Man unterscheidet demnach auch grob-, mittel- und feinförnige Sandsteine. Der kießige Sandstein ist am schwersten zu bearbeiten, dagegen am druck- und weichersten. Die Bezeichnung der verschiedenen Sandsteine erfolgt in der Praxis nicht nach der geologischen Formation, sondern einfach nach dem Gewinnungsort oder bezirkt. Die bekanntesten Sandsteine in Deutschland sind: Schlesiäer, Oberrheinischer (auch Bremer Sandstein genannt), Elbsandstein (auch Quaderlandstein oder

Cottaer, Poßner, Postelwitzer), roter Mainlandstein, Weser, Burgreppacher, Pfälzer, Redar, Ruhrlandstein usw.

Herliche Bauten aus Sandstein weisen die deutschen Großstädte auf. Massige Quader, Stufen, Säulen, Epigbogen und Gemäwe legen Zeugnis ab von der Steinbaukunst und Steinklopfkunst, nur darf man nicht daran denken, daß mit manchem Quader usw., der seit Jahrhunderten immer gleichmäßig auf die vorbeistuhenden oder ihn anstarrenden Menschen herabblitzt, wenn er die vorgeschriebene Form erhielt, der Tobestein in manche Steinhauerlunge verpfanzt wurde. Der Baumeister und Architekt der Steinbauwerke wird allenfalls noch gedacht, doch der Arbeitsbienen, die in gefährlicher Fronarbeit den Stein vom Felsen gebrochen haben oder die in fleißiger Meißelführung, bei schlechtem Lohn und langer Arbeitszeit dem Werkstein die Form gaben, deren gedenkt man nicht beim Betracht der Bauwerke. Diese Arbeitsbienen haben sich fast ausnahmslos beim „Staubstreßen“ übernommen, sie mußten dafür abtreten und andern Steinklopfern Platz machen. Nur der beruflich Eingeweihte, besonders wenn er zur Steinklopfkunst gehört, denkt beim Anschauen an die so früh Dahingerafftene seiner Berufsfamilie. Alle ihre Namen sind verweht, vergessen, genau so wie jene der Leibeigenen und Sklaven, die in jahrzehnter, ja jahrhundertelanger körperlicher Schinderei die massiven, ewigen Steinbauwerke in Indien und Ägypten oder sonstwo geschaffen haben; von denen unsre Redaktion schon gelegentlich berichtet hat. — Mit dem Vorstehenden ist natürlich die Sprache der Steine nur erst angedeutet, also keineswegs erschöpft. Muschelfalk, Marmor, Schiefer, Granit, Basalt usw., sie werden uns auch im weiteren Verlauf erzählen, ebenso wird auch von den „Fadhbäckern“ oder wie der Holländer sagt, „Straatmaters“ und ihrer steinernen Arbeit an den Straßen und Plätzen in dieser Aufmachung etwas zu sagen sein. Was ich davon den Steinen ablausche, gebe ich dann weiter an meine Verbands- und Zunftgenossen.

„Sie stehen und rammen Stein an Stein,
Die Sonne schießt heiß und schwül hängt der Tag.
In all das blinkende Flimmern hinein
rollt rauh ihrer Rammen schütternder Schlag.
Die braunen Fäuste halten gefaßt
das Werkzeug; ein Funken liegt blühend darauf . . .
Und ihre Arme heben im Takt
es auf und nieder — und nieder und auf . . .“

Das ist von Lessen! Aber ihr Steinklopfer von Stadt und Land, alles zeigt im Kern den Willen des Emporstrebens unterdrückt Völlschichten, sie wollen mehr Luft und Licht und vor allem menschenwürdige Existenz, was auch mein nimmer ruhendes Streben ist. Der Steinklopfer-Hannes.

„Die Steinindustrie“, Heft 6, vom 17. März bringt folgende Notiz:

„Widerlegter Skeptizismus.“
Der „Steinarbeiter“ beklagt sich in Nr. 7 vom 19. Februar darüber, daß wir bisher noch keine Richtigstellung über die von uns in humoristischer Weise angezeigten Vorbereitungen zum Bau des amerikanischen Riesendenkmals im Staate Georgia gebracht haben. Wir erlauben uns die Freiheit, auch heute noch die seinerzeit berichteten, vom phototechnischen Standpunkt aus unbestreitbaren Vorbereitungen für das Denkmal anzuzweifeln. Dagegen haben die im „Steinbildhauer“ inzwischen erschienenen Abbildungen unsre Zweifel an der Möglichkeit der Denkmalserrichtung selbst behoben, und wir gestehen der Redaktion des „Steinarbeiter“ gern zu, daß unser notorischer Skeptizismus uns inneweit einen Streich gespielt hat und nehmen unser Stühwort „angelsmiert“ und den damit verbundenen Vorwurf eines Reinfalles auf eine amerikanische Ente mit dem erforderlichen Kotau hiermit feierlichst zurück.

Damit mag der redaktionelle Berufsunfall auch von uns als ausgeheilt gelten. Unsre Kollegen werden allerdings nach dem Lesen der vorstehenden Notiz sagen: „Na also, warum nicht gleich so?, denn vor dem Wint im „Steinarbeiter“ Nr. 7 hätte sich die Notiz bedeutend besser ausgenommen!“

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Bielefeld bei den Firmen Neumann u. Temme, Stern, Greiner; Mannheim, Ludwigshafen, München, Magdeburg, Opatz, Oppach und Sohlund; Osterholz, Steinbruchsbezirk Beufsa, Grimma, Torgau, Wurzen (Streik und Aussperrung), Hildesheim (Fa. Grunert). In Osterburg, Altmärk, Stendal, Altheide und Wolfenbüttel Steinleger und Hilfsarbeiter.

Gesperrt. In Detmold und Hildesheim die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In Bielefeld und Herford sämtliche Grabsteingeschäfte. — Nach Baumholder in das dortige Granitwerk von D. Jng. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab. — In der Altmärk sämtliche Steinseherbetriebe. — In Coburg (Firma Knopp, Straßenbau).

Zugzug krennen! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind: Von Friedberg und Bad Nauheim; von Köln (Steinmehlen); von Nördlingen und Dilling (Schwaben); von Oberpeilau (Fa. Thust hat sämtliche Granitsteinmehlen und Schleifer entlassen). Im Odenwald (Werksteingruppe) wurde von den Arbeitgebern der Tarif gefündigt (30. Juni). Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßenbau ist die Lohnfrage noch nicht in Elsterberg, Sa., allen Orten in Bayern, Dresden, Crefeld, Leipzig und Freistaat Braunschweig geregelt.

Ereidigte Bewegungen: Streik in Birna (Fa. Israel), in Stralsburg, Schlef., und Bernburg-Altleben.

Ausland. Schweiz. Jeder Zugzug hat zu unterbleiben. Auch dann, wenn einzelne Meister von dort an deutsche Kollegen brieflich oder telegraphisch herantreten. In Kreuzlingen Firma Sauter u. Bates (Granitsteine) gesperrt. Die Firma macht große Anstrengungen, um deutsche Kollegen herbeizulocken. Im Zweifelsfall informiert über die Schweizer Verhältnisse der Kollege Robert Kolb, Zürich, Hardaustraße 11.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

Achtung, Granitarbeiter! Ist Zahlstellen oder einzelnen Kollegen bekannt, daß vor kurzem bei irgendeiner Firma ein Waggon gestochter sogenannter Schweizer Arbeit von S.-S.-Granit verladen wurde, um bei einer andern Firma geschliffen zu werden? Um evtl. Angabe mit näheren Details, wohin der Waggon dirigiert wurde, erucht die Redaktion.

Eingekandt. Folgende Mitteilung geht uns von glaubwürdiger Seite zu: Einen außerordentlich tüchtigen Betriebsleiter besitzt die Firma E. Dürr, Grabsteingeschäft in Sonderswerda, in der Person des angeblich früheren Steinmehlen Gerbert. Nicht nur daß dieser wachsame Söldling von den Steinmehlen die Leistung von täglich 2, 3 und noch mehr Ueberstunden als Selbstverständlichkeit ansieht und fordert, dabei natürlich auch ohne Zuschlag, findet er eine tägliche Mittagspause von einer halben Stunde zu lang, da nach seiner Meinung „eine Kuh nicht solange zum Fressen brauche“. Der Herr scheint, nach seinen unflätigen Äußerungen zu urteilen, aus gutem Stall zu stammen. Beim Schlag der Uhr, die den Beginn der Arbeitszeit ankündigt, hat nach seiner Ansicht der Steinmehle am Arbeitstisch zu stehen, nicht aber erst aus dem so wundervollen Frühstücksraum zu treten, die Firma habe nichts zu wünschen. Wer sich dem nicht fügt, der fliegt, natürlich ohne Einhaltung der Kündigungsfrist usw.

Wir bedauern außerordentlich, daß der Betriebsinhaber sich durch diesen wohl zum Gefängniswärter, nicht aber zum Betriebsleiter passenden Herrn seine Werkstatt in Verruf bringen läßt, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Um so mehr ist es unsere Pflicht, alle Kollegen vor Arbeitsaufnahme im dortigen Betrieb zu warnen, solange derartige Praktiken gang und gäbe sind. Zweierwende Gefängnisaußerstellen bitten wir an Herrn Gerbert zu melden.

Konferenz des 9. Gaues am 7. und 8. März in Wiesbaden. — Für den ersten Tag der Konferenz waren Branchenbesprechungen vorgesehen, um in diesen die in Frage kommenden Reichsarbeitsverträge durchzusprechen. Gauleiter Koll. Menges gab einen Ueberblick über die Organisationsverhältnisse in der Schotter- und Pflastersteinindustrie des Gaues vor und nach dem Krieg. Er stellte fest, daß mit den durch den RWV geschaffenen Verhältnissen ein guter Fortschritt zu verzeichnen sei. Bezirksleiter Herrmann-Marienberg erläuterte die umstrittensten Punkte des RWV und erklärte deren Zustandekommen bei den Verhandlungen. Die Aussprache zeigte, daß der Tarif weit besser ist als die Mehrzahl der Kollegen es weiß.

Für die Werkstein-, Marmor- und Grabmalgruppe gab Vorkoll. Kehl-Frankfurt a. M. Bericht über die Verhandlungen und den Abschluß dieses RWV. Hierzu wurde beantragt, daß es für die erste Ueberstunde — die neunte Arbeitsstunde — nur 15 Prozent Zuschlag geben soll. Dem Vorschlag von Frankfurt a. M., eine Bezirkszahlstelle zu gründen und einen Bezirksrat abzuschließen, wurden von Mainz und Wiesbaden erhebliche Bedenken entgegengestellt. Doch soll der Vorschlag den Zahlstellenverhandlungen zur Stellungnahme unterbreitet und über das Ergebnis berichtet werden. — Nach Schluß der Verhandlungen am 1. Tag folgten die Gauleitern der Einladung der Zahlstelle Wiesbaden zur kostenlosen Besichtigung der Kochbrunnenanlage und des Kurhauses. Aus beruflichen Gründen und als Agitationsmittel wird dieser Anschauungsunterricht wohl seinen Zweck erfüllt haben. Kollegen Winkler vom Zentralvorstand konnten wir im Kurhaus begrüßen. Ein Familienabend der Wiesbadener Kollegen schloß den 1. Tag.

Am 8. März begann dann die allgemeine Konferenz, zu deren Beginn der Vorkoll. Kehl des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert als Gewerkschaftskollegen gedachte. Die Delegierten ehrten den Verstorbenen in der üblichen Weise bis auf die beiden Vertreter Jost-Rinderbürgen und Wiegand-Beitenborn, deren Tailllosigkeit durch Eigenbleiben stillschweigend übergangen wurde. Gauleiter Koll. Menges gab dann Bericht über seine Tätigkeit in den drei letzten Jahren, die der Arbeiterschaft fast schwerere Leiden brachten wie die Kriegsjahre. In der Aussprache über den Bericht werden viele Wünsche der einzelnen Zahlstellen an die Gauleitung vorgebracht. Herbe Kritik wird geübt an den Kollegen, die ihre erarbeiteten Affordlöne verheimlichen, so den Verband um Beitragsgelder bringen und eine unantastbare Lohnstabilität als Unterlage bei Lohnverhandlungen unmöglich machen. Festgestellt wird, daß, wenn alle ehrlich die Wochenbeiträge leisteten, eine Mehreinnahme erzielt würde, durch die die Hälfte der Kosten für einen 2. Bezirksleiter im Westerwald aufgebracht würde. Ueberstreichung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit bis zu 12 und 13 Stunden bei vom Unternehmer geleisteten Karbidlicht ist im dunklen Westerwald üblich. Gerade die Ripper, die doch eigentlich die Pioniere des Verbandes bei den Pflastersteinmachern sein müßten, gehen solche Verpflichtungen ein. Diesen Zuständen gegenüber kommt das Verlangen zum Ausdruck zu weitmündiger Agitation mündlich und schriftlich durch geeignete Flugblätter. In der Aussprache wird immer betont, daß die gute Konjunktur unbedingt zum Vorteil der Arbeiterschaft ausgenützt werden müsse. Auch die Sozialisierungsfrage wird aufgeworfen, jedoch von andern wieder als noch verfrüht bezeichnet. Aus den gemachten Ausführungen klingt ein Sehnen und Drängen hervor, vorwärts zu kommen auf allen Gebieten des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes. Dazu wird angeregt: kleinere Betriebsrätekonferenzen zur gegenseitigen Aussprache und Belehrung abzuhalten, um in Zukunft all das Ver-

mögen der letzten Jahre nachholen zu können. Koll. Winkler ist erfreut über die sachliche und tiefgründige Aussprache. Die Prüfung der einzelnen Wünsche auf ihre Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit sagt er zu. Eindringlich warnt er, trotz der guten Konjunktur, vor übereilten und unüberlegten Maßnahmen. Aufklärung gibt er über den Stand der Sozialisierungsfrage und Volksentscheid zum Achtstundentag. Zu Fragen über die Sozialgesetzgebung bemerkt er, Partei und Gewerkschaft müssen wieder eins werden. Auch berichtet er noch über den bekannten Streikfall mit dem Baugewerksbund, der jetzt durch unparteiischen Schiedspruch erledigt werden soll. Im Schlußwort fann Gauleiter Koll. Menges feststellen, daß seine Tätigkeit voll anerkannt worden ist. Der Antrag Dreierdorf, dem Summersbacher Gebiet wieder angeschlossen zu werden, wird der Gauleitung überwiesen. Die Anträge, einen zweiten Bezirksleiter für den Westerwald und einen Bezirksleiter für Oberhessen anzustellen, werden angenommen und dem Verbandstag vorgelegt.

Zum Punkt „Verbandstag“ wurde ausgesprochen, daß den älteren Verbandskollegen die Dauer ihrer Verbandszugehörigkeit in der Höhe der Unterstützungen angerechnet werden muß. Auch die Erwerbslosenunterstützung solle wieder eingeführt werden. Die Verbandspresse fand reiflos Anerkennung und der Wunsch wurde geäußert, die Betriebsrätebeilage wieder einzuführen. Wegen der Uebernahme der Steinseher wurde gesagt, es sei dieses ein schlechtes Geschäft gewesen, wegen der verhältnismäßig großen Angestelltenszahl. Dem trat Koll. Winkler mit statistischem Material entgegen. Mit dem vorher ausgesprochenen erklärte er sich einverstanden. Angenommen wurde der Antrag an den Verbandstag, daß künftig auch Bezirksleiter und Zahlstellenangestellte, soweit sie nicht als Delegierte gewählt sind, ebenso wie die Gauleiter mit beratender Stimme an dem Verbandstag auf Kosten der Zentralkasse teilnehmen sollen. Begründet wurde der Antrag damit, daß diese Angestellten weit besser die Verhältnisse beurteilen können als ein Delegierter aus irgendeiner Zahlstelle. Im Punkt Verschiedenes nichts Bemerkenswertes.

Der Kollege Drees aus Merenberg sendet uns über seinen Wiesbadener Eindruck folgende Zeilen:

Die diesjährige Gauleitung führte die Kollegen nach der schönen, eine Stunde vom Rhein gelegenen Kurstadt Wiesbaden, der Krone der Taunusbäder. Die Konferenz an und für sich stand auf einer geistigen Höhe. Ein gutes Zeichen für die Fortentwicklung unserer Gewerkschaft und für die geistige Schulung unserer Kollegen. Unvergesslich wird einem jeden Delegierten der würdige Empfang der Wiesbadener Kollegen bleiben, der ein schönes Zeichen von Kollegialität und Solidarität in sich bürgte. Unter Führung der Wiesbadener Kollegen besuchten wir nach Schluß der ersten Tagung die größte Merkwürdigkeit Wiesbadens, den Kochbrunnen, dessen Wasser zu hohen scheint, aber nur 66 Grad erreicht. Der weitere Besuch galt dem Kurhaus, dem großartigen Gebäude, das gleichen in der Welt nicht viel stehen. Mit den zwei prächtigen Säulengängen ein Studium für unsre Steinmehle-Kollegen. Am Abend hatten die Wiesbadener Kollegen zu unsern Ehren eine Feier arrangiert, wo sie mit ihren Familien erschienen. Hier fühlte man sich so recht unter gleichgearteten Menschen, Fleisch von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut. Den nächsten Tag um 8 1/2 Uhr fanden sich die Kollegen zur Weiterung in der Wartburg wieder. Um 2 1/2 Uhr nachmittags war die Konferenz geschlossen und mit einem herzlichen Wiedersehen nahmen die Kollegen voneinander Abschied, um nach ihrer Heimat, der Stätte ihres Wirkens, zu eilen. Aber Wiesbaden wird ihnen noch lange in Erinnerung bleiben.

Gauleitung 5. Gau in Mayen. Die am Sonntag, dem 15. März und Montag, dem 16. März 1925 im Hotel Kohlbaas in Mayen stattgefundene Gauleitung des 5. Gaues wurde durch den Vorsitzenden der Zahlstelle Mayen eröffnet. Nachdem Bezirksleiter Schmidt eine Begrüßungsansprache an die Delegierten und Gäste gehalten, wurden zur Einleitung der Konferenz vom Arbeitergewerksverein Mayen zwei Chöre vorgetragen. Kollege Winkler vom Zentralvorstand dankte in kurzen Worten den Kollegen von Mayen, sowie dem Arbeitergewerksverein für den würdigen Empfang. Anwesend waren 32 Delegierte außer einer Anzahl Gäste. In das Bureau wurden gewählt als 1. Vorsitzender Schmidt-Mayen, als 2. Vorsitzender Kuhn-Köln, zu Schriftführern Knopp-Köln und Eggert-Gruiten. Nachdem die Mandatsprüfungskommission und eine Kommission zur Prüfung der Kassensbücher gewählt worden war, referierte Gauleiter Braun über die Tätigkeit der Gauleitung, Tarifwesen und Lohnbewegungen. Er schilderte, wie während der letzten Jahre gerade der 5. Gau im Mittelpunkt der Stürme von Inflation, Rhein- und Ruhrkampf und Separatismus stand. Trotzdem sei es gelungen, die Organisation fast unverfehrt zu erhalten und dankte der aufopfernden Tätigkeit der Funktionäre der einzelnen Zahlstellen. Fast im ganzen Bereich des Gaues sei es möglich gewesen, den Achtstundentag zu erhalten, außer in der Kalk- und Dolomit-Industrie, wo durch Schiedspruch nach dem passiven Widerstand die 57stündige Arbeitswoche diktiert wurde. Wenn es nicht gelang, die Löhne überall ausreichend zu gestalten, sei dies auf die schlechte Konjunktur einzelner Gruppen zurückzuführen, andererseits aber auch auf das Afford- und Prämienystem, das in letzter Zeit wieder Platz gegriffen habe. Im letzten Jahre seien bereits wieder erfolgreiche Lohnkämpfe geführt worden, er forderte alle Anwesenden auf, mit dazu beizutragen, die Reihen des Verbandes zu schließen, damit es in Zukunft möglich sei, allen berechtigten Forderungen der Kollegen gerecht zu werden. — In der Diskussion, woran sich fast alle Kollegen beteiligten, kam zum Ausdruck, daß gegen die Tätigkeit der Gauleitung unter den gegebenen Umständen nichts einzuwenden sei. Von einigen Kollegen wurde eine größere Aktivität seitens der Organisation verlangt, welche damit begründet wurde, weil die Gewerkschaften den Boden des Klassenkampfes angeblich verlassen haben. Der Zustrom in die Gewerkschaften sei 1918 groß gewesen, weil die Arbeiterschaft geglaubt habe, daß die Theorie der Gewerkschaften in die Praxis umgesetzt würde. Jetzt, wo ein Rückschlag in der Bewegung zu verzeichnen sei, würde die Zerplitterung immer größer, es sei heute schwerer, die Kollegen wieder reiflos für die Organisation zu gewinnen. Koll. Winkler, der sich ebenfalls an der Diskussion beteiligte, wies darauf hin, daß die Organisation niemals den Klassenkampfstandpunkt verlassen habe, es seien Kämpfe geführt worden, wie es die Mittel der Organisationen erlaubten. Vor allen Dingen müßte das Selbstbewußtsein wieder gestärkt und die Mittel bereitgestellt werden, die zur Führung von Kämpfen notwendig sind. Der Kampf um den Achtstundentag sei ein internationales Problem, auch hier dürften die Kollegen nicht zurückweichen, die Mittel für diesen Kampf bereitzustellen. Die Kollegen des Steinsehergewerbes brachten zum Ausdruck, daß sie ein gutes Zusammenarbeiten mit den Steinarbeitern empfinden und alles dazu beitragen werden, um auch die Steinseher wieder reiflos der Organisation zuzuführen. Nach einem kurzen Schlußwort der Kollegen Winkler und Braun wurde am 1. Verhandlungstage die Konferenz abgebrochen. Am 2. Verhandlungstage wurde die Konferenz um 9 Uhr eröffnet. Gauleiter Braun hielt ein kurzes Referat über Organisation, Agitation und Stellungnahme zum Verbandstag. Auch hier kam nochmals zum Ausdruck, daß zum größten Teil Verschlechterungen abgewehrt werden konnten. Schwankungen in der Mitgliederzahl seien immer zu verzeichnen gewesen. Es muß unsere Aufgabe sein, durch Aufklärung der Kollegen und Einrichtung von Unterstützungen die Organisation wieder zu festigen. Die Betriebsräte müssen mehr an ihre Pflicht erinnert werden, das Betriebsrätegesetz auszunutzen. Nachdem die Delegierten in der Diskussion genügend zum Wort gekommen waren, legte Kollege Winkler klar, wie durch die Zerplitterung der deutschen Arbeiterschaft wieder einige Vorteile an die Unternehmer abgegeben werden müßten. Hier auf wurden die vorliegenden Anträge zum Verbandstag beraten und folgende Anträge von der Konferenz angenommen:

1. Die Verbandsleitung hat beim Bundesvorstand des ADGB, dahin zu wirken, daß selbiger die Verschmelzung der 2. und 3. Gewerkschaftsinternationale ohne jeden Vorbehalt zu fördern hat und für die Verschmelzung eintritt.

2. Der Verbandstag muß eine Erhöhung der Streikunterstützung beschließen. Bei Bemessung der Streikunterstützung muß bis an die äußerste Leistungsfähigkeit des Verbandes gegangen werden.

3. Der Verbandstag wolle beschließen, daß Jahrgeld und Spesen des Bezirksleiters des Bezirks Gruiten-Dornap wieder wie früher infolge seiner weiten Verzweigung von der Zentrale getragen wird.

4. Folgender Antrag wurde dem Zentralvorstand überwiesen: „Der Verbandstag wolle beschließen, die Zentrale soll bei dem Internationalen Steinarbeitersekretariat vorstellig werden, daß eine engere Fühlungnahme mit der belgischen Steinindustrie herbeigeführt wird, da gerade in Belgien die größte Konkurrenz ist und durch die Fühlungnahme die Interessen der Kalkarbeiter besser wahrgenommen werden können.“

6. Der Kollege Siebold soll seine Schreibweise ändern.

7. Ein Antrag Bielefeld zwecks Bereitstellung von Agitationsmitteln für das östliche Westfalen wurde der Gauleitung zwecks Erledigung überwiesen.

8. Eine Resolution, die besagte, Kollege Siebold soll als Beiführer beim Staatsgerichtshof juriditieren, wurde abgelehnt.

Als Delegierte zum Verbandstag für den 26. Wahlkreis wurden die Kollegen Knopp-Köln und Koch-Düsseldorf vorgeschlagen.

Nachdem im Punkt Verschiedenes noch einige Kleinigkeiten erledigt waren, richteten die Kollegen Braun und Winkler noch einige anfeuernde Worte an die Anwesenden. Hierauf schloß Kollege Schmidt die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Eggt.

Steinseher und Pflasterer.

Görlitz. Am 14. März fand im hiesigen Verbandslokal eine Gruppenversammlung der Steinseher und Kammer statt. Im Punkt 1 der Tagesordnung gab der Kollege Schwindke den Bericht von der am 10. 3. in Breslau abgehaltenen Tarifverhandlung. Die Kollegen protestierten lebhaft gegen die im Verträge von den Arbeitgebern uns aufgezwungene Leistungsklausel. Nach längerer Debatte ließ der Vorsitzende, Kollege Gorski, eine schriftliche Abstimmung vornehmen, die für oder gegen die Annahme des Leistungstarifs zeugen sollte. Das Ergebnis davon war, daß sämtliche Kollegen gegen die Annahme der Leistungsklausel im Tarif stimmten. Im 2. Punkt: Wahl eines Delegierten zum Verbandstage, wurde kritisiert, daß die Gruppe der Steinseher auf dem Verbandstage durch Einteilung der Zentralkasse zu schwach vertreten sein werde. (Das stimmt nicht, denn die Mitgliederzahl ist maßgebend. Redaktion.) Als Delegierter nach Weimar wurde von der Zahlstelle Görlitz der Kollege Gorski vorgeschlagen. Als Anträge an den Verbandstag wurden folgende drei Punkte gestellt: 1. Einführung von Erwerbslosenunterstützung. 2. Erhöhung aller andern Unterstützungen. 3. Abschaffung der 10-Pfg.-Beitragsmarken bei Erwerbslosigkeit und Krankheit.

Schweidnitz. Versammlung vom 1. 3. 1925. Nachdem das Protokoll verlesen war, wurde der Vorsitzende einstimmig gewählt zur Konferenz nach Liegnitz. Nach einer Anfrage des Kollegen Herzog war man sich dahin einig geworden, daß auch ein zweiter Delegierter, aber ohne Spesen, dahin fährt. Es meldete sich Kollege Ringel freiwillig dazu. Den Delegierten wurden noch einige Anregungen mit auf den Weg gegeben betreffs der Arbeitsleistung, Verringerung der Spanne zwischen Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter und Ueberlandzulage. Es ist sehr bedauerlich, daß Breslauer Kollegen mehr geleistet haben, als die Leistung vorzieht, besonders im Vorjahre. Hierauf beantragte Kollege Ringel den Abschluß des Tarifs für das ganze Jahr. Dann beschloß sich die Versammlung eingehend mit der Ortsauschüttung. Der Steinseher H. Neugebauer ist vom Fabrikarbeiterverband zum Steinarbeiterverband übergetreten. Es kam dann noch zu einer Debatte wegen des durch Lüge neu aufgenommenen Kollegen August Puhl. Er hat den Bauarbeiterverband geschädigt und muß deshalb wieder aus unserm Verbands ausgeschlossen werden. Das wurde einstimmig beschlossen. Auf Antrag des Kollegen Birke wurden dem Delegierten zum Ortsauschluß als Diäten 1 Mk. bewilligt. Zur Ehrung unser Gesellenen und des Reichspräsidenten Ebert erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Darauf Schluß der Versammlung. (Bericht war auf zwei Seiten beschränkt. Redaktion.)

Elbing. Zu der am 14. März einberufenen Versammlung der Nachgruppe Steinseher waren die Kollegen bis auf einige erschienen; die fehlenden hatten sich durch den Vorstand entschuldigt. Kollege Schenke-Berlin sprach hier über den Verbandstag. Weiter kam es zur Aussprache über die Lohnverhandlung in Berlin. Wenn es auch ein mühevolleres Stück Arbeit war, Kollege Schenke aber hat damit wieder einmal Frieden geschaffen. Es wurde ein Antrag zum Verbandstag gestellt, die Streikunterstützung zu erhöhen. Weiter wurden örtliche Verhältnisse besprochen. Kollege Schenke ermahnte uns zu einem gemeinschaftlichen kollegialen Zusammenhalten; denn nur dadurch könnte man zum Erfolg gelangen. Die Versammlung wurde durch einen kollegialen Händedruck geschlossen.

Liegnitz. Am 15. März 1925 fand in Liegnitz eine Bezirkskonferenz der Steinseher aus den Filialen von Mittel- und Niederschlesien statt. Betreten waren 17 Zahlstellen durch 24 Delegierte und als Gast Gauleiter Ernst von den Steinarbeitern. Gauleiter Schulze begrüßte die erschienenen Delegierten, woraus er sah, daß die Kollegen die Wichtigkeit dieser Konferenz erkannt haben. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauleiters über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. 2. Beratung über weitere Maßnahmen. 3. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten. Als Vorsitzender wurde Koll. Ernst Schreiber-Liegnitz und als Schriftführer Koll. Konrad Fellbaum-Langenbielau gewählt. Der Gauleiter Schulze gab bekannt, daß uns die Unternehmer am 30. September 1924 den Tarif zum 31. Dezember gefündigt hatten, um noch weitere Verschlechterungen in den Tarif aufzunehmen, was auch die beiden Tarifverhandlungen am 27. Januar und 10. März 1925 in Breslau bewiesen. Der Angriff der Arbeitgeber aber auf den Achtstundentag bzw. 48-Stundenwoche konnte abgewehrt werden, indem die gesetzliche Regelung angenommen wurde. Jede Stunde über 48 Stunden soll als Ueberstunde bezahlt werden. Jedoch scheiterten die Verhandlungen am 27. Januar bei den Löhnen, da die Arbeitgeber nur 5 Pfg. Zulage boten unter Wegfall der Ueberlandzulage sowie Jahrgelder. Bei der Verhandlung am 10. März konnte nach langem Streiten eine Lohnzulage von 15 Pfg. für Steinseher und Kammer erzielt werden. Als Arbeiterlöhne wurden außer in Breslau, wo 20 Prozent Zulage erzielt wurde, fast durchweg die ortsüblichen Tiefbaulöhne bewilligt. Inbegriffen wollten die Unternehmer bei den Löhnen 2 Prozent Wohlfahrts-einrichtung wissen, da sie damit keine Arbeit haben wollen, so soll es mit dem Lohn zur Auszahlung kommen, was nicht angängig ist. Trotzdem die Tarifkommission alles versucht hat, Einheitslöhne für die ganze Provinz zu erzielen, wurden die bisherigen drei Lohnstufen wieder beibehalten, so daß die Höchsthöhe in der Provinz betragen: Für Steinseher 1.05 Mk., für Kammer 85 Pfg., für Hilfsarbeiter in Breslau 57 Pfg., und in der Provinz den ortsüblichen Tiefbaulohn. Jedoch machten die Arbeitgeber die Erhöhung abhängig von der Annahme eines durchschnittlich 30 Prozent höheren Leistungstarifs gegenüber des Tarifs vor dem Kriege. Da aber die Leistungsklausel seit dem Kriege aus unserm Tarif herausgehoben worden ist, konnte sich die Tarifkommission nicht entschließen, denselben anzunehmen, da wir gewillt sind, gute Qualitätsarbeit zu leisten und nicht durch eine hohe Leistungsklausel unsre Kollegen zur Schundarbeit zu zwingen, was wohl auch den Behörden lieber sein wird. Es mußte also die Annahme des Tarifs der heutigen Bezirkskonferenz überlassen werden. Der Ueberlandzulageparagraf sowie die andern Paragrafen wurden in ihrer alten Fassung wieder angenommen. Daß dem Bericht des Gau-

Adressenänderungen.

1. Gau: N.-W. Griesman, Dorf. u. Kass.: Rich. Kofostinski, Greifswalder Vorstadt Nr. 2. — **Einshorn.** Kass.: Jens Gruber, Schulstraße 66.
2. Gau: **Dobring** N.-L. Dorf. u. Kass.: Otto Becker, Deutsches Haus. — **Girlandorf.** Dorf. u. Kass.: Wilhelm Blech.
4. Gau: **Schönningen.** Dorf. u. Kass.: Karl Dannehl, Reffelstraße 2.
5. Gau: **Krefeld.** Dorf.: Peter Eichmanns, St. Antonstraße 201. Kass.: Johann Sturm, Alte Linnerstraße 47. — **Binz a. Rh.** Dorf.: Joh. Konnen, Viktoriastraße 28. Kass.: Anton Schäfer, Asbacher Straße 64.
6. Gau: **Maulbronn.** Dorf.: Eugen Stöffler. — **Sauteroden.** Dorf.: August Dreger. — **Untersimpeern.** Dorf.: Karl Zimmermann.
9. Gau: **Gedern.** Kass.: S. Ripper IX, Ober-Seemen, Oberhess. — **Kobdorf.** Kass.: Friedrich Poth II, Bahnhofstr. 61.

Briefkasten.

Beachtung. Es laufen immer noch Berichte zum Abdruck ein, die auf beiden Seiten beschriebener oder mit Bleistift flüchtig hingeworfen sind. Die Regeln sind:

1. Beschreibe niemals beide Seiten.
2. Schreibe nicht mit Bleistift.
3. Kürze keine Worte, sondern schreibe jedes Wort vollständig aus.
4. Korrigiere keine Worte, sondern streiche Falsches aus und setze das Richtige daneben oder darüber.
5. Nimm nicht zu große Bogen.
6. Schreibe die Zeilen nicht zu eng.
7. Schreibe niemals „gestern“ oder „heute“, sondern dafür stets das Datum.
8. Personennamen sowie Ziffern immer recht deutlich.

Der Redakteur hat keine Schreibhilfe und keine Zeit, die Einblendungen nochmals abzuschreiben.

2. Dr. Bericht wurde abgelehnt, weil der allgemeine von W. ähnliches enthielt. Einmal dargelegt, genügt es wohl.

W. 3. P. Das ist wohl ein bißel viel verlangt! Die Zeichnung dauert bis 25. März; am Schlusse lassen Sie sich vom Kollektor eine Gewinnliste senden. Die Redaktion kann sich darum nicht kümmern.

Grünberg. Veröffentlichungen der Streichungen wegen rückständiger Beiträge sind nicht angängig.

W. Hsbh. Warum nur immer gleich so entrüstet? Deine Notiz tief erst nach Redaktionschluss ein.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin. 3. Heft vom 15. März liegt vor.

Soziale Bildung. Eine allgemeine Einführung von Dr. Th. Lichner. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H. Jena. Preis 1.20 Mark. Die Schrift ist das 1. Heft einer Schriftenammlung „Die Gewerkschaftsschule“ und stellt einen Lehrheft dar. Herausgeber ist die Berliner Gewerkschaftsschule. Die Sammlung will der Arbeiterbildung dienlich sein durch eine gewisse Systematik. Die vorliegende Schrift weicht von dem sonstigen Schema ab und fesselt durch ihre Art. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß es gerade auf diesem Gebiet viele Suchende gibt. Sie mögen sich die Schrift besorgen und werden nach unserer Auffassung dann mit Spannung den weiteren Schriften dieser Sammlung entgegensehen. Leider müssen wir uns aus Raumgründen verjagen, die Schrift eingehender zu behandeln; an unserem Urteil würde jedoch damit nichts geändert.

Der Kunststein. Systematische Einführung in das gewerbliche Kunststeinfach. Erscheint in 16 Lieferungen. Heft 11 liegt bisher vor. Das Werk erscheint im Eiser-Verlag, Leipzig, Brüderstraße 22.

Anzeigen

Berlin.

Am Freitag, den 10. April (Karfreitag), vormittags 9 Uhr in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31
Gemeinsame Versammlung aller Gruppen
Tagesordnung: 1. Bericht von der Abrechnung des 1. Quartals. Wahl eines Vorsitzenden und eines Kassierers (Angestellte) 2. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 3. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollständiges Erscheinen der Kollegen erwartet. Da um 1/2 Uhr der Saal geräumt werden muß, wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Die Ortsverwaltung, i. A. Gustav Nitsche.

Für den Granit-Pflastersteinbruch in Ripponweier bei Weinhelm (Baden) werden noch tüchtige

Steinstösser und Pflastersteinrichter

zu sofortigem Eintritt gesucht. Es kommen nur erste Kräfte in Frage, die sich unter Vorlage von Zeugnissen schriftlich od. persönlich bei dem Meister Herrn Eugen Heck in Dossenheim melden können.

Tüchtige

Steinmetzen und Schleifer

auf sauberste Schleiferei-Arbeit für den hiesigen Betrieb sowie

einige tüchtige Brecher u. Großplastermacher

für unsern Betrieb in Gafrees zu baldigem Eintritt gesucht

Granitwerke Künzel & Schädler G. m. b. H. Schwarzenbach a. d. Saale.

Wir suchen noch einen tüchtigen

Granitsteinmetzen

auf dauernde Arbeit.

C. Schäfer & Sohn, Schwerin. (Meschk.)

S. s. Granit-Maschinen-Handscheifer u. Steinmetzen

stellt sofort ein

Granitwerk P. Fingas, Liegnitz.

Einige tüchtige

Maschinen- u. Handscheifer

stellen ein

Fr. Hagelauer & Co., Granitwerk Gsteinbach Post Ochsenbrunn bei Nürnberg.

2 Steinmetzen

auf Kirchheimer Kalkstein stellt sofort ein

Emil Conrad, Pöbneck i. Thüring.

Wir suchen sofort mehrere tüchtige

Pflastersteinkipper

für Keupersteinbrüche

Fr. Schneidewind, Steinbruch-Betriebe Bahhof bei Bösingfeld (Lippe).

Waldemar Zimmerer

wo steckt dich deine Kollegen H. Söllner und M. Lindner, Reinsthausen a. Main

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden

In **Bensheim** am 7. März der Schleifer Georg Lampert, 52 Jahre alt, Gehirnhautentzündung

In **Salzbach** am 11. März der Steinschlager Jakob Bertram, 37 Jahre alt, Verunfall

In **Karlruhe** am 12. März der Steinmetz Ludwig Anauß, 62 Jahre alt, Althma

In **Wellerode** am 12. März der Hilfsarbeiter Johannes Zinn, 57 Jahre alt, Herzschlag

In **Berlin** am 13. März der Steinmetz Alfred Wenzel, 42 Jahre alt, Bauchfell-Tuberkulose

In **Weschna** am 13. März der Hilfsarbeiter Karl Krüten, 60 Jahre alt, Magenleiden; am 14. März der Granitsteinmetz Fritz Heintz, 26 Jahre alt, Gehirngrippe

In **Schwerin** am 14. März der Steinmetz Friedrich Schumacher, 58 Jahre alt, Lungenentzündung

In **Wohum** am 19. März der Steinmetz Adam Marx, 63 Jahre alt, Nierenleiden

Chresthem Anderten!

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Stehald. Verlag von Ernst Windler beide in Leipzig

Druck. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

leiters fekte eine lebhaft Diskussion ein. — Alle Delegierten sagten aus, daß sie von ihren Kollegen beauftragt seien, gen Leistungstarif auf keinen Fall anzunehmen. Gauleiter Senft glaubte einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation gefunden zu haben, da er aber selbst an den Verhandlungen nicht teilgenommen hatte, stellte er sich nach reiflicher Prüfung heraus, daß dieser Weg ungangbar sei. Die Leistungsklausel wurde alsdann gegen zwei Stimmen abgelehnt. Es sind somit die bisherigen Verhandlungen umsonst gewesen, da die Annahme des Tarifs von diesem Punkt abhängig war. Die Kollegen im Steinbergwerk sehen mit Ruhe weiteren Maßnahmen der Arbeitgeber entgegen und werden vorerst keinen Kampf nicht zurückzuführen, um einen annehmbaren Tarif zu erzielen. Auch eine Resolution der Filiale Trebnitz forderte die Ablehnung der Leistungsklausel. Die Filiale Waldenburg brachte den Antrag, daß der Passus „die Entlohnung der älteren Kollegen ist durch Vereinbarung zu regeln“ gestrichen werden soll, der aber nach eingehender Begründung des Gauleiters keine Zustimmung fand. Auf Anfrage eines Delegierten, ob es den Unternehmern erlaubt ist, bis 16 Lehrlinge zu beschäftigen, wurde auf die Satzungen der Gewerbeordnung hingewiesen, die besagt, daß jeder Betrieb in unserm Beruf höchstens fünf Lehrlinge beschäftigen darf. Die Filialen Reichenbach und Striegau beantragten, daß die Spanne zwischen Steinberg- und Kammerlöhnen sowie zwischen Kammer- und Hilfsarbeiterlöhnen verringert werden soll, in welchem Sinne der Gauleiter einen dementsprechenden Antrag an die Arbeitgeberorganisation stellen wird. Auch wurde beschlossen, daß die Filialen bemüht sein sollen, die Hilfsarbeiter im Straßenbau in unsere Organisation aufzunehmen.

Der Antrag der Filiale Trebnitz: „Auslösung ist stets vom Wohnort des Arbeitgebers zu zahlen, auch wenn Arbeitnehmer nicht am Wohnort des Arbeitgebers wohnt,“ wurde vom Gauleiter Schulte dahin beantwortet, daß selbiges das Tarifamt entschieden hätte und er mügte auf in unsern Tarif aufgenommen werden. — Zum dritten Punkt lag ein Antrag der Filiale Reinberg zum Verbandstag vor, welcher besagt: „§ 9 des Verbandsstatuts ist dahin abzuändern, daß den Kollegen von ländlichen Filialen gestattet ist, ihre Beiträge in den Heimatfilialen zu zahlen.“ Als Begründung wurde erwähnt, daß die Steinberger dieser Filialen den ganzen Sommer gezwungen sind, auswärts zu arbeiten, und da dann keine Einnahmen der Filialen wären, würden sie gezwungen sein, diese aufzulösen. Die Filiale Görlitz rügte, daß für die Steinberger nur 1 Delegierter zum Verbandstag für die ganze Provinz Schlesien in Frage kommt, was aber Gauleiter Senft widerlegte, da auf je 700 Mitglieder 1 Delegierter kommt. — Alsdann gab Gauleiter Schulte den Stand der Tariffrage bekannt, in der gegenwärtig noch über 125 M. sind. Es wurde deshalb beschlossen, für das 2. Quartal wieder einen Stundenlohn für die Tarifklasse zu zahlen und man hofft, damit für das ganze Jahr auszukommen. Hiermit schloß der Vorsitzende die Konferenz und ermächtete, die Beschlüsse streng durchzuführen und strenge Disziplin zu üben, damit wir gewappnet den eventuellen Kämpfen entgegengehen können. Bericht war wieder auf 2 Seiten engbeschrieben. Redaktion.)

Steinarbeiter.

Arztungen bei Konstanz. Der Streik oder die Aussperrung bei der Firma Sauter u. Bates scheint durch die Schuld einiger deutscher und schweizer Kollegen im Sande zu verlaufen. Denn ungläublicher Schmutz und Denunziantentum scheint sich dort an der Grenze eingenistet zu haben. Der Betrieb ist natürlich für deutsche Kollegen gesperrt, und wer von unsern Verbandsmitgliedern dort in Arbeit tritt, wird ohne weiteres aus dem Verbandsausgeschloffen. Die Namen der deutschen Steinarbeiter, die sich dort zur schimpflichsten Arbeiterrolle hergeben, sollen der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten werden: Max Wilhelm aus dem Odenwald; Joh. Wöhrabe mit Anhang aus Markt-Leuthen; Max Herold aus Niederlamig. Dazu kommen noch einige Elemente aus der Schweiz. Die Firma gibt sich die größte Mühe, noch mehr solcher Kausreißer aus Deutschland heranzuholen, aber sie weigert sich, ein geregeltes Tarifverhältnis mit den im Schweizer Verband organisierten Kollegen abzuschließen. Wie uns im einzelnen mitgeteilt wird, muß die dort angefertigte Granitarbeit sehr kümmerlich aussehen; darüber brauchen wir uns nicht zu wundern, denn wo der Arbeiter nicht respektiert wird, wo Schmutz und Kriecherei herrscht, wo der Achtstundentag insolge ungeheuren Wuchters nicht beachtet wird, wo der Unternehmer mit allen Mitteln konkurrenziert und mit der Arbeiterorganisation ständig auf Kriegsfuß steht, dort taugt auch die Ware nichts! Dort ist Moris innen und Moris außen und kein aufrechter Arbeiter sollte sich dazu hergeben, in solchen „Granitsteineisereien“, die niemals „im Winkel“ sind, zu arbeiten. Die Namen der Kausreißer merken sich natürlich alle Kollegen in den deutschen Granitsteineisereien.

Fürstentum. Am 18. Januar 1925 fand in unserm Verbandsrat die Generalversammlung statt. Der Bericht ließ zu wünschen übrig. Vorsitzender Höhnberger verlas den Kasienbericht, der von den Revisoren für richtig befunden wurde, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. Bei der Neuwahl wurden gewählt: Dinglreiter, Paul, Vorsitzender, Schärtl, Michael, Kassierer, Höhnberger, Schriftführer. Kollege Schwarz dankte im Namen der anwesenden Kollegen dem Kassierer Kagaler für seine sechsjährige Tätigkeit. Der Kollege erwiderte, daß er sein Amt als Kassierer für den Verband gern hätte weitermachen wollen, aber leider durch den Verlust des rechten Auges sei er gezwungen gewesen, sein Amt einem andern Kollegen zu übergeben. Es kamen auch verschiedene Anträge des Koll. Schwarz auf. Dann sprach noch verschiedene Angelegenheiten in der Zahlstelle Dinglreiter, Paul, Schärtl, Michael, forderte die Koll. auf, Vertrauen zu haben zu der neugewählten Ortsverwaltung und immer geschlossen zusammenzutreten, denn nur durch Zusammenhalt kann gute und praktische Arbeit für die Kollegen geleistet werden. Jeder Kollege müsse mithelfen an dem tatkräftigen Ausbau des Verbandes. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Aue. Am 8. Februar 1925 fand in unser Zahlstelle Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: Neuwahl des Gesamtvorstandes. — Bericht von der Gaufonferenz, in Dresden. — Tarifangelegenheiten. — Verschiedenes. Die Neuwahl ergab: 1. Vorsitzender Johann Höger, 2. Vorsitzender Richard Troß, Kassierer Johann Höger, Schriftführer Willi Wödel, Revisoren Karl Stöhr und Edwin Wödel. Der Kollege Müller gab den Bericht von der Gaufonferenz. Aus dem Bericht war zu sehen, daß sich die Konferenz hauptsächlich mit dem neuen Reichsarbeitsstatut für die Pflaster- und Schotterwerke beschäftigt hat. Befriedigend für die Kollegen ist derselbe wieder nicht; denn es sind verschiedene Paragraphen vorhanden, bei deren Ausnutzung zuviel Raubbau von den Arbeitgebern getrieben wird. Zu Punkt 3 gab der Vorsitzende die neue Lohnzulage, die 10 Prozent auf den Grundlohn beträgt, bekannt. Alle Kollegen waren sich darüber einig, daß die Dauer (bis zum 31. Mai) zu lang ist, da jetzt schon die lebenswichtigen Produkte im Preise sehr steigen. Auch ist es sehr bedauerlich, daß sich verschiedene Arbeitgeber nicht gleich bereit erklären können, die Zulage zu bezahlen, sondern die Belegschaft möchte es sich erst wieder erkämpfen. Die Zahlstelle selbst hat den jetzt bestehenden Affordariat für Aue und Umgegend den Arbeitgebern gekündigt. Es war nicht mehr anders möglich, denn er entspricht den heutigen Verhältnissen nicht mehr; auch sind verschiedene zur Zeit vorkommende Arbeiten in ihm nicht vorhanden. Zu dem neu auszuarbeitenden Tarif wurde eine Kommission von 6 Mann gewählt. Unter Punkt Verschiedenes konnte nicht alles erledigt werden, da die Zeit schon weit vorgeschritten war.

Kamenz. Am 17. 2. 25 hielt die Zahlstelle eine außerordentliche Monatsversammlung mit „Stellungnahme zum Schiedspruch“ ab. Der Vorstand gab bei Beginn ein Schreiben des Bezirksleiters bekannt. Aus diesem Schreiben war zu sehen, daß der Schiedspruch bestätigt ist; wir entnehmen demselben: Affordariatentlohn 62 und 57 Pfg. Stundenlöhne von 56 Pfg. abwärts, auf die Grundlöhne 10 Prozent, im Grünstein 7 Prozent Zuschlag ab 1. Februar, be-

trifft bis Ende Mai. Bei Steigerung des sächsischen Index über 5 Prozent sollen weitere Verhandlungen stattfinden. In der Debatte äußern sich die Kollegen über die Unzulänglichkeit der Löhne. Besonders wird die lange Frist stark hervorgehoben und dagegen protestiert. Man einigt sich dahin, den Unternehmern ein Ultimatum zu stellen, nach welchem sie sich bis zum 21. 2. 25 an dem Gauleiter zu erklären haben, ob sie erneut mit uns verhandeln wollen. Koll. Heymeier stellt den Antrag, hierüber abstimmen zu lassen. Die Abstimmung der 200 Anwesenden ergibt Einstimmigkeit dafür. Des weiteren gelangt das umgeschriebene, in einigen Punkten geänderte Lokalstatut zur Beratung, wird besprochen und ohne Gegenstimme angenommen. Scharf treten die Kollegen noch gegen das Verhalten unserer Presse in bezug auf „Streichern“ bei Einblendungen auf. Man ist der Ansicht: Wenn das Fachorgan nur erscheinen lassen will, was ihm beliebt, dann stehe es den bürgerlichen Blättern mit ihren Tendenzen nicht nach. Es wird nicht eingekauft, um die Redaktion zu belästigen und einen Mann mit dem „Streichern“ zu beschäftigen, sondern um Anregungen der Aussprache zwischen den Zahlstellen und Kollegen herbeizuführen, wozu man glaubt die Zeitschrift geschaffen zu haben und zu erhalten. Man hofft auf Aenderung dieses Zustandes. (Siehe Briefkastennotiz in Nr. 11 unter: „Sch. Kng.“ Red.)

Zeit. Am 22. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Aus der Neuwahl gingen hervor: als 1. Vorsitzender Michael Jäger, als 2. Vorsitzender Georg Herpich, als Kassierer Nikolaus Brech, als Schriftführer Georg Popp, als Revisoren R. Kuhn und K. Gchner. Im 2. Punkt: Anträge zum Verbandstag, wurde beschlossen: „Die vor der Inflation geklebten Beitragsmarken zur Erlangung der Krankenunterstützung sollen stufenweise ausgewertet werden. Es muß doch den Kollegen, die schon längere Jahre beim Verband sind, hier ein kleines Vorrecht eingeräumt werden; auch ist den Christlichen ein Agitationsmittel damit aus den Händen genommen.“ Hier wird es wohl von andern Orten heißen: Zuerst sind wir Kampforganisation! Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die ländlichen Kollegen immer und immer wieder auf die Krankenunterstützung pochen. Im Punkt Verschiedenes wurden die Organisationsverhältnisse der Zahlstelle besprochen. In der Urlaubsfrage möchten doch endlich einmal die Kollegen sich nur mit schriftlichen Unterlagen an den Gauleiter Lohse wenden. Zum Schluß wurde noch auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen aufmerksam gemacht. Es darf kein Betrieb ohne Betriebsrat oder -obmann sein. Den gleichgültigen Kollegen sei nochmals gesagt, schließt euch uns voll an, damit wir den Unternehmern zu gegebener Zeit ein festes Rückgrat zeigen können.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zum Bezirksleiter für den Granitbezirk Strahlen in Schlesien wurde der bisherige Sekretär im Landarbeiterverband, Friedrich Häusler aus Striegau, gewählt.

Der Gewählte ist Granitsteinmetz und war 1914 auf unserm Verbandstag in Dresden der Vertreter von der Zahlstelle Striegau.

Die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie hat im Monat Februar gegen den Vormonat bedeutend abgenommen. Während im Januar noch 1794 Arbeitslose gemeldet wurden, fiel die Zahl im Februar auf 967. — Leider ist die Beteiligung der Zahlstellen an dieser monatlichen Berichterstattung sehr mangelhaft. Gut 50 Prozent der Zahlstellen berichten nicht! Es ist dringend zu wünschen, daß diese örtlichen Vorstände ihre Pflicht auf die pünktliche monatliche Berichterstattung ausdehnen.

In verfloßener Woche wurden an die Zahlstellenvorstände in einer Briefdrucksache unter anderm die Quartalsabrechnungsformulare für das 1. Vierteljahr 1925 versandt. Wo die Sendung nicht eingetroffen ist, muß sie sofort beim Verbandsvorstand reklamiert werden.

Ausgeschlossen wurden auf Antrag der Zahlstelle Wolfshagen: Herm. Mittendorf, Herm. Pahl, Heinz. Rade, Gust. Frieß, Fritz Oberbed, Willi Hallermann, Wilh. Ehrenberg, Rob. Boigt wegen Streikbruch; auf Antrag der Zahlstelle Meßten: Heinz. Wedlich und von der Zahlstelle Münden der Pflasterer Gust. Kessel, beide wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Die Zahlstelle Münden will den ausgeschlossenen Kessel noch gerichtlich belangen wegen Betrug. Seine Adresse möge man beim Austausch dem Zahlstellenvorstand übermitteln. Der Steinleger Paul Klute, früherer Vorsitzender und Kassierer der Zahlstelle Hildesheim, ist von dort abgereist, ohne mit der Hauptkasse ordnungsgemäß abzurechnen. Nach Mitteilung des Vorsitzenden der Zahlstelle hat er auch verschiedene Kollegen gegenüber noch finanzielle Verpflichtungen. Seine Adresse ist nicht zu erfahren. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, die mit Klute zusammengetreten, ihn an seine Pflichten zu erinnern und, dem Hauptkassierer Kollegen L. Geiß keinen Aufenthalt mitzuteilen, damit der Vorstand die nötigen Maßnahmen ergreifen kann.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Berlin. Werbung. Die Stelle eines Ortsangestellten der Zahlstelle Berlin wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Für die Anstellung kommen nur Berliner Kollegen in Frage, die mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sind. Bewerbungen mit Lebenslauf und einer kurzen schriftlichen Abhandlung über die Aufgaben und Ziele der freien Gewerkschaften sind bis zum 7. April 1925 mit der Aufschrift Bewerbung an den Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin SO. 16, Engelauer 25, zu richten. Die Ortsverwaltung, J. A.: Gust. Nitsche.

Offenbach. Die Steinhauer Johann Bauer und Christoph Jacoby von Birkendach sind hier abgereist, ohne ihrer Verbandspflicht zu genügen. Der erstere hat auch sonst noch finanzielle Verpflichtungen gegen den Ortskassierer. Beim Anmelden in irgendeiner Zahlstelle keine neue Karten ausstellen und Nachricht an R. Dettling, Kassierer, Offenbach a. M., Kohstraße 44.

Osnabrück. Der Steinmetz August Junger, Buchnummer 027 161, hat in der Nacht vom 20. bis 21. März in Osnabrück bei einem Kollegen übernachtet und diesen bei der Abreise schwer geschädigt (Mitnahme eines neuen Anzuges und ein Paar Schuhe). Zum Ausgleich dieser unerhörten Lumerei mögen alle Kollegen mithelfen. Beim Austausch muß Festnahme erfolgen und mit sofortiger Mitteilung zugehen.

Hubert Kohlbecker, Kassierer, Osnabrück, Seminarstraße 16.

Kirchhain. Die Zahlstelle warnt jeden Kollegen, sich mit Beno Kiesel in Kompaniarbeit einzulassen, da es nur eine Ausbeutung der Mitarbeiter vorstellt.

Riel. Vor dem Steinmetz Georg Schmidhuber, geboren am 12. Dezember 1890 zu Nürnberg, der angeblich per Schuß aus Dänemark transportiert sein will, wird gewarnt. Zweck der Schwindelerei: Von den Kollegen Geld zu erlangen. — Ferner macht die Zahlstelle Riel ebenso wie Hamburg auf den Steinmetz Reinhard Born, geb. 23. 4. 75 zu Nordhausen aufmerksam. Er hat in beiden Zahlstellen durch Schwindelerei Geld erlangt, hat in Hamburg seine Interimskarte zurückgelassen. In beiden Fällen Taschen zu, aber sonst zugepaßt.

Hylan (Schlesien). Die Steinlegerkollegen werden gewarnt vor Richard Riedel, Josef Niebisch und Johann Poika, die zusammen selbständig eine Affordarheit ausüben, entgegen dem Verbot im Tarifbezirk. Kein Kollege darf bei diesen, vom Verband wegen rückständiger Beiträge Ausgeschlossenen, in Arbeit treten.

Grünberg weist auf das Treiben des Steinlegers Josef Andrzejewski hin, geboren am 16. 7. 81 in Berlin. Dieser ist seit 1922 nicht mehr Mitglied.

Altenhain. Von hier sind die beiden Kollegen Karl Beier, geb. 28. 10. 1904, und Ernst Arno Kupfer, geb. am 6. 5. 1905, verschwunden. Bücher lagern in Unordnung in der Zahlstelle.

Kandidaten zum Verbandstag.

Bei Nennung der Wahlkreise ist der erste und letzte Ort nach der Wahlkreiseinteilung wie in Nr. 8 des „Steinarbeiters“ veröffentlicht, angegeben.

Table with columns: Wahlkreis, Gau, Delegierte. Lists candidates for various regions like Berlin, Brandenburg, Bremen, etc.

Table with columns: Wahlkreis, Delegierte. Lists delegates for various regions like Anklam, Berlin, etc.

Bon 3 Wahlkreisen sind noch keine Kandidaten gemeldet, und in einigen Wahlkreisen ist nur ein Kandidat aufgestellt worden.

Wahlreglement.

Bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag in Leipzig ist folgendes zu beachten:

- 1. Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die ihr Verbandsbuch oder ihre Interimskarte in Ordnung haben.
2. Die Hauptwahlen sind in der Zeit vom 3. bis einschließlich 14. April vorzunehmen.
3. Als gewählt gilt der Kandidat, der mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Der Zentralvorstand erwartet, daß die Bestimmungen richtig durchgeführt werden, er behält sich vor, bei Wahlanfechtungen die Stimmzettel einzufordern.

Eine nochmalige Veröffentlichung des Wahlreglements wird nicht vorgenommen. Die Zahlstellenfunktionäre sind deshalb verpflichtet, sich diese Nummer für den Gebrauch zurückzulegen.

Die Wahlkommission jeder Zahlstelle hat bei der Feststellung der Wahlergebnisse die Verpflichtung, etwaige Meinungsdivergenzen über das Wahlreglement selbst zu klären.

Die Wahlprotokolle sind mit der Quartalsabrechnung an die Kassierer am 18. März vorzulegen.

Die Steinscher, Pflasterer und ihre Hilfsarbeiter wählen in besonderen Wahlkreisen ihre Delegierten selbständig.

Für Stimmzettel haben die Zahlstellen selbst zu sorgen. Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, sich recht zahlreich an der Delegiertenwahl zu beteiligen.

Der Verbandsvorstand.

Der Staat soll sich nicht einmischen.

Ein Lösungswort der Unternehmer, das sie immer häufiger im Munde führen: Der Staat soll in die Angelegenheiten der Wirtschaft nicht hineinreden. In Deutschland richten die Unternehmer im Reichstag heftige Angriffe gegen die Schlichtungsausschüsse.

Treffend hat der Abgeordnete Aufhäuser, der Vorsitzende des Allgemeinen freien Arbeiterbundes, im Reichstag bemerkt: Die Unternehmer fordern immer dann Freiheit vom Staat, wenn sie gerade eine günstige wirtschaftliche Position haben.

über den feudalen Mächten getragen wurde, noch in ihren Anfängen war, verlangte sie Elbogenfreiheit für alle Lebensverhältnisse. Hinter der Forderung der Ungebundenheit versteckte sich das neue Lebensgefühl der in der Gesellschaft neu aufsteigenden Elemente.

Was haben nicht die deutschen Unternehmer alles vom Staat seit dem Kriege gefordert und erhalten? Die billigen Reichsbankkredite, die sie in der Inflationszeit erhielten und durch die sie sich zum Schaden der ganzen Bevölkerung bereicherten.

Die Unternehmer fordern auf mannigfaltige Weise vom Staate, daß er sich zu ihren Gunsten in die wirtschaftlichen Angelegenheiten einmischen soll. Sie wünschen, daß der Staat seine Beamten und seine Arbeiter in den öffentlichen Betrieben nicht besser bezahle.

In andern Ländern machen die Unternehmer, die das Wort von der Nichteinmischung des Staates ebenfalls betonen, dasselbe. Die englischen Ingenieure fordern den besonderen Schutz der nationalen wichtigsten sogenannten „Schlüsselindustrien“.

Die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft wird heute gleichzeitig von den Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals wie vom Agrarapital gestellt.

In allen diesen Bewegungen kommt eine neue Idee nicht zum Ausdruck. Die Ablehnung der Intervention des Staates, die auf einem französischen Unternehmerkongreß folgendermaßen formuliert wurde: „Wir wollen vom Staat keine Unterstützung, keine Rückschlüsse, keine Mitwirkung, wir lehnen aber energisch jede Einmischung, jede Beherrschung, jede lähmende Regelung ab“.

Die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft wird heute gleichzeitig von den Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals wie vom Agrarapital gestellt.

Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, sich recht zahlreich an der Delegiertenwahl zu beteiligen und die Wahlen etwa nicht auf den letzten Wahltag zu verlegen.

Der Verbandsvorstand.

Ein Sieg des Privatkapitals.

Wie Reichsbetriebe verschahert werden. Mit der Gründung der Deutsche Werke A.-G. sollte der Versuch gemacht werden, die Idee der Bergwerksgesellschaft zu realisieren.

Als der Krieg zu Ende war, das Reich mit 14 räumlich großen Industrierwerken belastet. Da die ehemalige Produktionsbasis (Waffen, Munition, Gebrauchsgüter) für Heer und Marine usw.) zerstört war, hingen die über das ganze Land verstreuten Betriebe vollständig in der Luft.

Als ehemalige Betriebe der Rüstungsindustrie mußten die Unternehmungen der Deutsche Werke A.G. große Fortschritte über sich ergehen lassen. Die größten Schwierigkeiten taten sich aber auf, als man daran ging, eine neue Produktionsbasis zu schaffen.

her hergestellt wurde, war von der Entente verboten. Es mußten also marktgängige Produkte und Artikel des täglichen Bedarfs gesucht und hergestellt werden. Diese Produkte mußten sich nicht nur erst einen Markt suchen, sondern sich auch gegen die konkurrierenden Werke durchsetzen. Es war also nicht leicht, für 14 Betriebe mit einer Belegschaft von 20 000 Personen Beschäftigung zu finden. Und doch gelang es überraschenderweise. Die Spezialausstellungen der Deutschen Werke auf den Leipziger Messen zeigten eine seltene Vielseitigkeit auf allen möglichen Produktionsgebieten. Auf manchen Gebieten, so im Motorrad und Kleinautomobil, Spinnereimaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, Glühkopfs- und Dieselmotoren, in der Möbelbranche usw. vermochte die Deutsche Werke A.-G. sogar hervorragende Produkte herzustellen. Das Stahlwerk Siegburg brachte es sogar zu einer Produktion von 60 000 Tonnen Stahl.

So waren die Deutschen Werke auf dem besten Wege, der Privatindustrie empfindliche Konkurrenz zu bereiten. Kein Wunder, daß diese den Luftzug derselben mit scheelen Augen verfolgte. Namentlich die Autoindustriellen erblickten in der Serienfabrikation der Deutschen Werke einen gelungenen Versuch, die Privatindustrie ins Hintertreffen zu setzen. Daß man dieser neuen Konkurrenz, die an einem praktischen Beispiel die Ueberflüssigkeit des Privatkapitals zeigte, Schwierigkeiten auf allen Gebieten bereite, ist somit nicht verwunderlich.

Der Aufbau der Deutschen Werke A.-G. geschah streng zentralistisch. Wenn auch die einzelnen Betriebe über eine gewisse Selbständigkeit verfügten, so lag doch die Leitung letzten Endes in der Berliner Zentrale. Die Zentrale selbst war der großen Holdinggesellschaft Vereinigte Industrieunternehmen A.-G. (Viag) Berlin angegliedert. Die Viag besitzt ein Eigenkapital von 132 000 000 Mark und kontrolliert im Namen und im Auftrag des Reiches Werke der Aluminium- und Stahlfabrikation; ferner Wasser- und Elektrowerke, die im Besitze des Reiches sind. Außerdem ist die Viag und mithin auch die Deutschen Werke dem Reich der Reichskredit A.-G. angeschlossen. Diese hat sich zu einem achtunggebietenden Faktor in der Finanzwelt entwickelt und sich gegenüber den Großbanken durchzusetzen verstanden. Angesichts solcher Finanzorganisationen und der zur Verfügung stehenden Mittel, ist es ersichtlich, daß die Reorganisation der Deutschen Werke aus anderen Gesichtspunkten heraus scheitern mußte.

Die Nachrichten, die jetzt in die Öffentlichkeit gelangen, deuten auf eine Zerklüftung der Deutschen Werke hin. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Mangel an Kredit. Die zur Durchorganisation der Werke weiter notwendigen Kreditsummen in Höhe von 50 Millionen Mark war vom Reich als Garant für die Werke nicht zu erlangen. Ein Gegenstück zu dem Bewilligungserfer gegenüber der Ruhrindustrie. Dort wurde mit vollen Händen gegeben, hier will man nicht einmal einen Kredit gewähren, der in eigenen Betrieben produktiv verwendet werden soll. Die erste Tat der Lutherregierung zur Erdrosselung der in Händen des Reiches befindlichen Industriebetriebe.

Die Deutsche Werke A.-G. will nun dazu übergehen, einzelne Werke zu verkaufen. Andere Betriebe sollen an die Länder (in Betracht kommt hier hauptsächlich Bayern) abgetreten oder in Teilen oder ganz an die Privatindustrie veräußert werden. Die Werksbetriebe in Kiel und Rüstingen und die Anlagen in Friedriehshafen scheinen als erste zur Veräußerung an die Privatindustrie in Betracht zu kommen. Und dies, obwohl die Reichsmarine genügend Beschäftigung zu vergeben hätte. Die Möglichkeit liegt außerdem vor, daß das zu großer Zukunft berufene Werk in Ingolstadt an die konkurrierenden Fabrikanten und an die abnehmende Textilindustrie teilweise veräußert wird. Die durch derartige Verkäufe herinkommenden Mittel will man dann zur Modernisierung der noch vorhandenen Betriebe verwenden.

Die Godumstellung der Werke auf nur 29 Millionen Mark Aktienkapital läßt einen außerordentlich scharfen Kapitalschnitt erkennen. Abschreibungen und stille Reserven wurden in großem Umfang gemacht. Stehen doch Schiffe, Fuhrpark und Automobile, Doctanlagen, Hellinge und Nebenanlagen, Modelle, Formen und Werkzeuge usw. nur mit je 1 Mark zu Buche. Werkzeugmaschinen (45 000 Stück) sind nur mit 1,17 Millionen Mark bewertet. Es scheint fast, als sei der Kapitalschnitt so stark erfolgt, um der Privatindustrie billige Betriebe in die Hände zu spielen. Zu berücksichtigen ist noch, daß die Deutschen Werke hinfort zu allen Steuern, auch der Körperschaftsteuer, herangezogen werden. Bekanntlich erfolgte diese Maßnahme, um die in öffentlichen Besitz befindlichen Betriebe mit der Privatindustrie gleichzustellen.

Gelingt der Verkauf der Deutschen Werke, dann wäre der Wunsch erfüllt, den die Deutsche Bergwerkszeitung am 12. Dezember 1924 in folgenden Worten Ausdruck gab: „Der Umstand, daß auf der dieser Tage in Berlin stattgehabten Deutschen Automobil-Ausstellung ein von den Deutschen Werken hergestellter Wagentyp gezeigt wurde, der zu einem überraschend billigen Preise veräußert war, hat die in manchen Industriezweigen herrschende Beunruhigung über den Wettbewerb der Deutschen Werke von neuem wachgerufen und den Wunsch gezeigt, daß diese Firma sich bereit finden lassen möge, sich mit der Privatindustrie über Preise und Verkaufsbedingungen zu einigen.“

Weil also die Privatindustrie sich über die „überraschend billigen Preise“ der Deutschen Werke beunruhigt fühlte und ihr möglicherweise ein ernsthafter Konkurrent erstand, deshalb muß dieser Reichsbetrieb zerschlagen und der Privatindustrie ausgeliefert werden. So wollen es die Interessenten und die Regierung hilft ihnen dabei. Für die Schwerindustrie Hunderte von Millionen, für die eigenen Werke nichts!

Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, los von den Schöpfungen der Revolutionszeit, Schonung der Privatindustrie, das ist das Ziel, welches die Rechtsregierung zu verfolgen entschlossen ist. Die Deutsche Werke A.-G. sollten einmal zur Verwirklichung des Sozialisierungsprinzips berufen sein, nun werden sie zerschlagen, weil es die Profitgier und fanatische Parteigeist verlangt.

Rundschau.

(n) Der christliche Sekretär Bülter aus Nürnberg lamentiert im Organ des christlichen Berufsverbandes über unsere „Steinarbeiter“, weil er sich mit seinem eigenartigen „Werbeblatt“, das im Ebelbacher Bezirk (Unterfranken) verbreitet wurde, beschäftigt hat. Bülter sucht seine Handlung in seinem Organ zu beschönigen. Die Christen behaupten, sie seien von uns durch die Agitation im Lithographiesteingegebiet angegriffen worden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir Herrn Bülter ein für allemal sagen, daß wir uns vom christlichen Verband absolut nicht vorzeichnen lassen, wo wir unsere Agitation betreiben, so wenig er sich dies von uns vorzeichnen läßt. Betonen wollen wir noch bei diesem Anlasse, daß wir unsere Agitation ganz selbständig betreiben und keine Mithilfe durch katholische Geistliche, Paters usw. haben. Auch sehen sich für unsern Verband nicht die verschiedenen Betriebsleiter und Direktoren ein, wie dies teilweise dem Christenverband gegenüber geschieht und uns einige Fälle bekannt sind.

Nun hat es Herrn Bülter unser Eindringen in Rögling (Lithographiesteingegebiet) angetan. Es sei ihm hierbei gesagt, daß die vom christlichen Verband zu uns übergetretenen Kollegen ganz aus eigenem Antrieb gekommen sind und aus politischer Ueberzeugung dem christlichen Verband nicht mehr angehören wollen. Wenn nun in dieser Verammlung ein christlicher „Ohrenbläser“ nur schlechtes über seinen Verband vom Referenten gehört haben will, so scheint der Betreffende vom Christenverband selbst nicht allzuviel zu halten, denn der Berufsverband der Steinarbeiter ist nur in der Unterstützungsjahre erwähnt worden. Es war voraussehen, daß der Bülterische Verband mit seiner Unterstützungstabelle, die in Nummer 1 des Jahrganges 25 des christlichen Steinarbeiters alle möglichen Unterstützungsarten, wie Streik, Erwerbslosen-, Anzugs-, Wöchnerinnen- (1), Aussteuer- (1) und Sterbeunterstützung enthält, eine Nordstrelame machen würde. So vielerlei, teilweise

nichtsjagende Unterstützungsarten besitzt unser Verband allerdings nicht, denn wir erstreben in erster Linie „die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Die Streikunterstützung, die bei uns die Hauptunterstützungsart ist, wird aber auch wirklich gezahlt. Als im Jahre 1924 die Ebelbacher Sandsteinarbeiter 14 Tage ausgesperrt wurden, zahlten wir anstandslos die Streikunterstützung, die christlich organisierten Kollegen erhielten von ihrem Verbande nichts. Ja, das ist „Theorie und Praxis“. Hohe Unterstützungen auf dem Papier und niedrige Unterstützungssätze oder gar keine kommen zur Anwendung. Außerdem wissen ja auch unsere Mitglieder, daß wir zwecks Anknüpfung eines entsprechenden Streikfonds die Unterstützungssätze selbst niedrig halten mußten. Der nächste Verbandstag wird ohnehin auf diesem Gebiete eine Veränderung bringen. Herrn Bülter sei außerdem noch gesagt, daß, wenn bei uns ein Streik hier und da auszubrechen droht, wir den Dingen auch ihren Lauf lassen und uns nicht der „Allerwerteste“ mit Grundeis geht, wie manchen Leuten. In Zukunft wird es gut sein, wenn die Christenkreiere sich um ihre Organisation kümmern und die Beurteilung des Steinarbeiterverbandes dessen Mitgliedern überlassen.

Statt Wohnungsbau — Kirchenbauten. Eine sehr berechtigte Kritik entnehmen wir der „Baukunst“, Heft 2, München. Erfreulicherweise macht sich auch die „Baugewerkszeitung“, das Organ des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister, diese Kritik zu eigen: „Es ist auffallend, wieviele Kirchen in letzter Zeit gebaut wurden, jezt im Bau sind und besonders in Zukunft gebaut werden sollen. Nur einige Beispiele mögen für diese Tatsache sprechen: In Baden-Baden ist eine Kirche vor nicht sehr langer Zeit, in Zweibrücken ist eine vor kurzem vollendet worden. In München ist eine Kirche in Neuhausen an der Hindenburgstraße und eine in Giesing geweiht worden. Bei Berlin wurde eine Ziegelrohbaufabrik gebaut usw. Geplant oder schon im Bau sind außer anderen drei Kirchen in Ludwigshafen eine Herz-Jesu-Kirche in Regensburg, ein großes Jesuitenkollegium mit Kirche bei Sölln, St. Franziskus in Untergiesing, St. Gabriel in Bogenhausen, St. Silvester in Schwabing, ferner die große Kirche in Thalkirchen, die Korbinianskirche, alle in München. Für viele Kirchen wird noch gesammelt. „Schiffe genug hat der Wannsee, aber noch kein Kirchlein usw.“ (Wagner, Kurier, 16. Januar 1925.) Um die Religion handelt es sich bei all diesen Bauvorhaben sehr wenig, in erster Linie stehen hier kirchlich-konfessionelle Machtfragen und Parteipolitik. Nun wollen wir sicher nicht gegen den Kirchenbau als solchen Stellung nehmen. Solange aber die Menschen, die in diese Kirchen gehen sollen, kein Dach über dem Kopf haben, solange noch sechs und mehr in einem dumpfen Loch hausen müssen, sollte mit der gleichen religiösen Begeisterung, mit der man früher Kathedralen baute, Wohnungen errichten und nicht aus politisch-konfessionellen Machtgelüsten die kostbaren Bauenergien absorbieren. Die Wohnung ist heute für den Deutschen die wichtigste Kirche. Nur durch den Wohnungsbau sind Sittlichkeit, Moral und Religion zu retten. Die Wohnung bildet das Fundament für die Familie, für den Staat und damit auch für die wahre Kirche. Nur durch menschenwürdige Wohnungen ist gegen den Haß, mit dem sich die Menschen heute gegenseitig zerspreizen, zu Felde zu ziehen. Erst muß die täglich steigende Not behoben werden. Die Vorbedingung und Berechtigung zum Kirchenbau ist ein Gemeininn, wie er heute nicht vorhanden ist. Deshalb ist auch fast jede moderne Kirche von dem hohen Geist wie historische Gotteshäuser besetzt. Eine wirkliche Neugestaltung des religiösen Lebens nach außen durch die Kirche ist erst dann möglich, wenn eine Neugestaltung der Menschen nach innen im Zusammenhang mit dem ganzen sozialen Leben erfolgt sein wird. Dazu ist aber die Hebung der Wohnungsnot erste unumgängliche Vorbedingung und Fundament.“

Abrechnung der Hauptkasse vom 4. Quartal 1924

Einnahme:	
Eintrittsgeld	231.65
Beiträge	225.779.—
Erwerbslosenmarken	3.253.10
Extrakteurmarken (Kampffonds)	7.274.50
Extrakteurmarken (Volksentscheid i. d. Achtstundentag)	3.441.50
An die Zahlstellen geliefertes Material	574.85
Abonnements und Inzerate	2.134.97
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	29.056.56
Aufzahlung der Zahlstellen auf 1. Quartal 1925	1.622.91
Summa:	Wk. 273.369.04

Ausgabe:	
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Galleitungen	22.816.41
b) Zentralvorstand	2.079.15
c) Zuschuß für Lokalangelegenheiten	4.406.43
d) Tarifberatungen (Tarifamtsstiftungen, Reichs- und Bezirksstärk)	2.946.35
Summa:	32.248.34

Für Unterstützungen:	
a) Reiseunterstützung	508.60
b) Streikunterstützung	20.457.50
c) Gemahregeltenunterstützung	1.024.35
d) Sterbeunterstützung	1.598.50
e) Notfallunterstützung	685.—
f) Rechtschub	228.92
Summa:	24.482.87

Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	9.556.80
b) Versicherungsbeiträge	1.467.50
c) Revisionen und Vorstandsstiftungen	144.—
d) Verbandsauschub	10.—
Summa:	11.178.30

Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureauumiete, Heizung, Reinigung, Licht	852.36
b) Telefon, Schreib- und Badmaterial	236.35
c) Porto, Bestellgeld, Straßporto	685.—
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	518.95
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	721.55
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	109.20
g) Postgebühren	37.53
h) Sonstige Ausgaben	2.290.21
Summa:	5.401.15

Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	1.094.90
b) Honorar für Mitarbeiter	207.20
c) Druckkosten und Papier	6.262.—
d) Porto, Bestellgebühr	839.18
e) Adressen und Badmaterial	155.51
f) Abonnementsgelder zurück	4.325.32
Summa:	12.884.11

Sonstige Ausgaben:	
Beitrag an den DGB	1.809.80
Beitrag an das Internationale Sekretariat	1.108.90
Delegationen und Konferenzen	842.70
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	45.202.13
Guthaben der Zahlstellen vom 3. Quartal 1924 zurück	4.519.41
Summa:	Wk. 140.467.07

Bilanz:	
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1924	196.025.14
Einnahme im 4. Quartal 1924	273.369.04
Bestand und Einnahme im 4. Quartal 1924	469.394.18
Ausgabe im 4. Quartal 1924	140.467.02
Bestand der Hauptkasse am Schluß des 4. Quartals 1924	328.927.11

Davon waren beim Abschluß in:	
den Lokalkassen	33.376.11
den Gaufassen	7.590.22
der Hauptkasse	287.960.78
Summa:	328.927.11

Leipzig, den 18. Februar 1925. Ludwig Geist, Kassierer.
 Die Revisoren:
 gez. Hermann Quack, Joseph Neumüller.
 Für den Verbandsauschub: gez. Joseph Elsner.

Abrechnung der Zahlstellen vom 4. Quartal 1924.

Einnahme:	
An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	33.376.11
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	45.202.13
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	36.706.96
Sonstige Einnahmen	17.322.48
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	4.519.41
Summa:	Wk. 136.927.09

Ausgabe:	
Erwerbslosenunterstützung am Ort	1.225.45
„ „ auf der Reise	569.75
„ „ bei Krankheit	3.684.56
Streikunterstützung	4.252.12
Gemahregeltenunterstützung	829.80
Sterbeunterstützung	248.75
Notfallunterstützung	1.736.80
Rechtschub	791.30
Agitation	2.220.—
Verwaltung (persönliche)	20.396.97
„ (sachliche)	11.982.51
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	6.193.22
Delegationen und Konferenzen	6.038.29
Sonstige Ausgaben	12.274.50
Guthaben bei der Hauptkasse	1.622.91
Beitrag der Hauptkasse zurück	33.351.46
Summa:	Wk. 107.558.89

Bilanz:	
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1924	76.007.35
Einnahme im 4. Quartal 1924	136.927.09
Summa:	212.934.44

Ausgabe im 4. Quartal 1924:	
	107.558.89
Davon gehörten der Hauptkasse	105.375.55
Bleibt Bestand der Lokalkasse	33.376.11
Summa:	Wk. 171.999.44

Ludwig Geist, Kassierer.

Abrechnung der Hauptkasse für das Jahr 1924.

Einnahme:	
Eintrittsgeld	504.60
Beiträge	648.656.70
Erwerbslosenmarken	3.264.60
Extrakteurmarken (Kampffonds)	37.831.10
Extrakteurmarken (Achtstundentag)	4.840.—
An die Zahlstellen geliefertes Material	1.523.38
Abonnements und Inzerate	35.278.20
Sonstige Einnahmen, Zinsen u. dergl.	17.261.95
Aufwertung alten Bestandes	22.188.95
Aufzahlung der Zahlstellen auf 1. Quartal 1925	1.622.91
Summa:	Wk. 772.972.39

Ausgabe:	
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Galleitungen	77.150.13
b) Zentralvorstand	4.110.10
c) Zuschuß für Lokalangelegenheiten	19.273.40
d) Tarifberatungen (Tarifamtsstiftungen), Reichs- und Bezirksstärk	9.748.26
Summa:	110.281.89

Für Unterstützungen:	
a) Reiseunterstützung	561.60
b) Streikunterstützung	84.325.83
c) Gemahregeltenunterstützung	2.244.81
d) Sterbeunterstützung	4.523.60
e) Notfallunterstützung	1.736.05
f) Rechtschub	1.033.39
Summa:	94.430.28

Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	33.603.85
b) Versicherungsbeiträge	7.251.19
c) Revisionen und Vorstandsstiftungen	919.90
d) Verbandsauschub	40.—
Summa:	41.814.94

Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureauumiete, Heizung, Reinigung, Licht	2.439.41
b) Telefon, Schreib- und Badmaterial	839.66
c) Porto, Bestellgeld, Straßporto	2.676.85
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	715.92
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	5.643.10
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	1.387.65
g) Postgebühren	134.43
h) Sonstige Ausgaben	6.543.89
Summa:	20.380.91

Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	3.648.15
b) Honorar für Mitarbeiter	601.12
c) Druckkosten und Papier	15.606.70
d) Porto, Bestellgebühr	1.140.60
e) Streifbänder für Verband	186.51
f) Abonnementsgelder auf Beitrag verbucht	26.408.96
Summa:	47.592.04

Sonstige Ausgaben:	
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	611.17
Für Unterrichtskurse	850.80
Beitrag an den DGB	7.842.19
Beitrag an das Internationale Sekretariat	1.858.90
Delegationen und Konferenzen	2.898.40
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	129.832.26
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1923 zurück	712.37
Summa:	459.106.15

Bilanz:	
Bestand am Schluß des Jahres 1923	15.060.87
Einnahme im Jahre 1924	772.972.39
Bestand und Einnahme 1924	788.033.26
Ausgabe im Jahre 1924	459.106.15
Bestand der Hauptkasse am Jahreschluß 1924	328.927.11

Davon waren beim Abschluß in:	
der Hauptkasse	287.960.78
den Gaufassen	7.590.22
den Lokalkassen	33.376.11
Summa:	328.927.11

Leipzig, den 18. Februar 1925. Ludwig Geist, Kassierer.
 Die Revisoren:
 gez. Hermann Quack, Joseph Neumüller.
 Für den Verbandsauschub: gez. Joseph Elsner.

Jahresabrechnung der Zahlstellen für das Jahr 1924.

Einnahme:	
Nichtabgeführte Gelder der Hauptkasse	33.376.11
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	129.832.26
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	108.642.50
Sonstige Einnahmen	48.452.84
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	712.37
Summa:	Wk. 316.016.08

Ausgabe:	
Aufzahlung an die Hauptkasse auf 1. Quartal 1925	1.622.91
Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung am Ort	3.528.70
„ „ auf der Reise	1.455.65
„ „ bei Krankheit	6.212.24
Streikunterstützung	9.517.69
Gemahregeltenunterstützung	1.454.07
Sterbeunterstützung	801.60
Notfallunterstützung	2.938.84
zum Rechtschub	2.268.65
Agitation	17.219.92
Delegationen und Konferenzen	21.735.05
Verwaltung (persönliche)	57.732.95
„ (sachliche)	37.736.18
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	18.718.95
Sonstige Ausgaben	29.389.56
Beitrag der Hauptkasse von 1923 zurück	7.450.37
Summa:	Wk. 219.783.33

Bilanz:	
Bestand der Lokalkasse am Schluß des Jahres 1923	9.142.80
Einnahme im Jahre 1924	316.016.08
Bestand und Einnahme im Jahre 1924	325.158.88
Ausgabe im Jahre 1924	219.783.33
Bestand der Lokalkasse am Schluß des Jahres 1924	105.375.55
Davon gehören der Hauptkasse	33.376.11
den Lokalkassen	71.999.44
Summa:	Wk. 328.927.11

Ludwig Geist, Kassierer.